

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Katharina Schulze
Abg. Dr. Beate Merk
Abg. Markus Plenk
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Roland Magerl
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Horst Arnold
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Martin Hagen
Erster Vizepräsident Karl Feller
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Uli Henkel
Abg. Christina Haubrich
Abg. Susann Enders
Abg. Andreas Winhart

Präsidentin Ilse Aigner: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Staatsministers für Gesundheit und Pflege
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und
Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Impffortschritt und sinkende Inzidenzen in Bayern - Wachsam bleiben,
Erleichterungen schaffen ([Drs. 18/15567](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Jetzt nicht nachlassen - Bayerns Impfkampagne steuern, lenken und gestalten!
([Drs. 18/15568](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-
Steiner, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)**

Grundrechte für alle - Lockerungen für alle ([Drs. 18/15569](#))

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus
Adelt u. a. und Fraktion (SPD)**

Sofortiges Sonderimpfprogramm für junge Menschen ([Drs. 18/15570](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Freiluftinitiative (Drs. 18/15571)

Jetzt hat der Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit, Freiheit und Sicherheit – das könnte der Dreiklang sein, der über dem heutigen Tag und über dieser Rede steht. Aus meiner Sicht ist dies eine Zäsur, ein Meilenstein in dieser Pandemie, weil wir gemeinsam nach vorne gehen, weil wir Genesenen und Geimpften Freiheitsrechte zurückgeben, die wir eingeschränkt haben. Das ist ein ganz wichtiges und zentrales Signal.

Einschränkung musste sein, um die Gesundheit der Menschen zu schützen. Genauso wichtig ist es aber, unmittelbar dann, wenn es nicht mehr notwendig ist, auch in eine andere Richtung zu handeln. Ich glaube, aus diesem Grund ist es uns allen nicht leichtgefallen, die Eingriffe in die Grundrechte vorzunehmen. Das waren gewaltige Eingriffe. Ich glaube, für manche war das, was wir in der Zeit der Pandemie erlebt haben, gar nicht vorstellbar. Trotzdem war es richtig.

Wir müssen das schützen, was wir schätzen. Unsere Freiheit ist ein hohes Gut. Es ist aber genauso wichtig, die Bevölkerung zu schützen. Während wir hier heute reden, gibt es immer noch Mitbürgerinnen und Mitbürger, die auf den Intensivstationen um ihr Leben kämpfen. Es gibt immer noch Angehörige, die für ihre Liebsten beten und wahrlich darum bangen, dass sie wieder gesund werden mögen. Das dürfen wir an dieser Stelle nie vergessen. Das dürfen wir auch nicht herunterspielen.

Es geht um einen Abwägungsprozess zwischen Gesundheit und Freiheit. Es geht nicht um ein Ausspielen dieser beiden Themen, sondern um ein Abwägen und ein ständiges Ringen. Freiheit ohne Sicherheit wird es nicht geben. Sicherheit heißt in

Pandemiezeiten eben auch, die Freiheit einschränken zu müssen, auch wenn es uns schwerfällt.

Deswegen ist es gut, wenn wir an dieser Stelle immer wieder bei diesem Thema ringen und die notwendigen und richtigen Diskussionen mit Respekt vor der Meinung der anderen führen. Deswegen bin ich der Präsidentin sehr dankbar für das, was sie vorher ausgeführt hat.

Wo stehen wir heute? – Die dritte Welle ist immer noch da, aber wir haben gute Signale; Signale der Zuversicht. Wir haben heute in Bayern eine Inzidenz von 131,1. Vor einer Woche waren wir noch bei ungefähr 162. Wir haben einen R-Wert von 0,79. Die Zahl der belegten Intensivbetten stagniert, allerdings immer noch auf hohem Niveau. Wir haben 2.780 Neuinfektionen. Am 28. April waren es noch 3.651. Das heißt: Die Maßnahmen, die wir gemeinsam getroffen haben, wirken und haben einen Beitrag dazu geleistet, dass wir jetzt ein Stück weit positiver und optimistischer nach vorne blicken können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die bundesweite Notbremse war notwendig und richtig. Unser Ziel muss es sein, Corona zu besiegen. Wir werden ein Stück weit weiterhin mit Corona leben müssen, und wir brauchen die Kontrolle über dieses Virus. Das ist ein zentrales Thema. Wie kann uns das gelingen? – Mit Testen und Impfen. Das sind die zwei zentralen Themen für die Zukunft, die uns begleiten werden. Impfen bleibt dabei der Schlüssel in dieser Pandemie.

Die gute Nachricht ist, dass wir immer mehr Impfstoff bekommen, auch jetzt im Mai, im Juni dann hoffentlich noch mehr. Ich hoffe auch, dass dies weiter planbar und zuverlässig bleibt. Natürlich erleben wir in dieser Pandemie immer wieder, dass eine Charge ausfällt, dass irgendwelche Dinge geschehen, die nicht planbar sind. Im Kern sind Zuverlässigkeit und Planbarkeit für die Menschen draußen wichtig, die auf ihren Impftermin warten.

Ich bin froh, dass die Impfzentren – ich bedanke mich bei der kommunalpolitischen Familie, bei den Landrätinnen und Landräten und bei den Oberbürgermeistern – ihren Dienst draußen Seite an Seite mit den Hilfsorganisationen tun. Ich glaube, dies ist ein wichtiges und gutes Signal. Ich danke auch den Hausärztinnen und Hausärzten und den Fachärzten, die jetzt gemäß der Zwei-Säulen-Strategie an unserer Seite sind. Man merkt, dass es vorwärtsgeht. Dies sind ganz deutliche Signale. Jetzt kommen noch die Betriebsärzte dazu. Wir haben mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ein Stufenkonzept auf den Weg gebracht. Die ersten Impfungen finden schon diese Woche statt, und es wird weitergehen. Diese Impfallianz ist ein ganz wichtiges und zentrales Thema.

Wir werden deswegen auch den Erfolg dann erleben, wenn wir jetzt gemeinsam noch die nächsten Wochen durchhalten. Wir brauchen immer noch ein Stück weit Geduld. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass die Ungeduld draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern groß ist. Es ist aber so, dass jeder an seiner Stelle versucht, das Beste zu tun und schnell voranzukommen, um beim Impfen tatsächlich das wahr zu machen, was wir damit verbinden, nämlich Licht am Ende des Tunnels.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben Stand heute 4,8 Millionen Impfungen. Wir haben Stand heute 30 % Erstimpfungen erreicht. Über eine Million Menschen haben heute schon die Zweitimpfung erhalten. Der Zuwachs betrug 132.000, wir hatten in der Spitze 169.000 Menschen an einem Tag, die eine Impfung bekommen haben. Das sind die hoffnungsvollen Botschaften in dieser Pandemie, dass es Tag für Tag ein Stück weitergeht, dass Tag für Tag draußen die Menschen an ihren Stellen alles dafür tun, um schnell zu impfen, um Schutz zu geben. So werden wir das auch in der Zukunft weitermachen.

Der Bund liefert einen Sockel an die Impfzentren, alles, was darüber hinausgeht, bekommen die Praxen. Das ist die Verbindung, die wir im Moment haben. Die meisten Impfzentren sind bei der Priorisierung schon weit in der Gruppe 3 angekommen. Wir

haben auch die Priorisierung für AstraZeneca aufgehoben, weil wir der Auffassung sind, dass die Entscheidung bei den Hausärzten gut angesiedelt ist, die dann nach ärztlicher Aufklärung diese Impfungen geben können, und das hilft uns.

Natürlich ist es ebenfalls richtig, was der Ministerpräsident angesprochen hat, dass wir auch jüngeren Menschen wieder eine Zukunft geben müssen, dass wir jüngeren Menschen, die in der Pandemie vielleicht auch besonders viel leiden, die Option eröffnen müssen, schneller gemeinsam Impfangebote zu erhalten. Das hängt vom Zufluss des Impfstoffs ab, aber es ist ein wichtiges und richtiges Signal, das wir als Ziel tatsächlich ganz vehement verfolgen.

Ich hatte heute früh ein Gespräch mit der Bayerischen Impfkommision, mit Prof. Jauch und mit Mitgliedern dieser Kommission, bei denen ich mich ausdrücklich bedanken will. Sie beschrieben, dass sie bisher 6.000 Anträge behandelt haben, jetzt aber nur noch ganz wenige hereinkommen. Daran können wir feststellen, dass es vorwärtsgeht.

Man sieht: Wir kommen voran. Die vulnerablen Gruppen sind geimpft, die vulnerablen Gruppen, die jetzt noch anstehen, werden auch geimpft, und dann muss der Weg für andere Gruppen frei werden, und wir müssen auch weiter Geschwindigkeit aufnehmen.

Wir werden auch die Lehren aus dieser Pandemie ziehen: mehr Impfstoffkapazitäten darstellen. Wir waren im Gespräch – der Wirtschaftsminister weiß das – mit den Firmen, um die Fragen, wie wir auch in Zukunft Lieferketten sichern und Produktionskapazitäten vor Ort ausbauen können, zu klären. Das gilt auch für Medikamente. Das ist ein ganz wichtiges und zentrales Thema, weil wir mit Impfungen auch in der Zukunft werden leben müssen. Das Virus wird ja nicht von heute auf morgen verschwinden, wir werden Mutationen erleben, wir werden Auffrischungsimpfungen benötigen. Deshalb haben wir uns auch bemüht, bei Sputnik zumindest eine Option einzugehen, um für den Fall, dass der Impfstoff zugelassen wird, gerüstet zu sein, sodass wir dann

auch sagen können: Wir haben gehandelt und nicht weggeschaut. In dieser Situation nützt Wegschauen gar nichts. Du musst hinschauen und auch machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Frage der Perspektive ist für die Menschen draußen im Land natürlich ganz zentral und wichtig. Dabei möchte ich betonen, dass das Ziel ist, Priorisierung schnell und flexibel zu gestalten, in dieser Pandemie flexibel und pragmatisch zu handeln: ein Höchstmaß an Flexibilität und ein Minimum an Bürokratie.

Deswegen haben wir jetzt gemeinsam auch das Thema "Freiheiten den Menschen zurückgeben" umgesetzt. Wir verlängern die Zwölfte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung und die Einreise-Quarantäneverordnung. Wir tun einiges, um Grundrechte wiederherzustellen und darzustellen. Das gilt für Kontaktbeschränkungen, ein ganz wichtiges Thema, indem wir die Geimpften und Getesteten mit negativ Getesteten gleichstellen.

Ich bin wirklich froh, dass es uns in den Pflegeheimen gelungen ist, einiges auf den richtigen und guten Weg zu bringen. Ich habe in dieser Pandemie oft mit Einrichtungen telefoniert, die Corona-Ausbrüche hatten, und ich weiß, wie die auch gelitten hatten, wie sehr sie gestresst waren und was das für diese Einrichtungen, das Pflegepersonal und für alle, die dort gearbeitet haben, bedeutet hat.

Deswegen ist es jetzt auch wichtig, dass wir wieder an einen Punkt kommen, an dem Kontakte möglich sind. Wir haben das schon ermöglicht und wollen, dass es auch wieder Gruppenangebote und Besuche geben wird. Ich bitte die Einrichtungen, auch davon Gebrauch zu machen, weil es wichtig ist, sobald es wieder möglich ist, Isolationen zurückzuführen und persönliche Begegnungen zuzulassen. Das ist ein ganz wichtiges Thema.

Eine Zahl möchte ich gerne noch nennen. Am 3. Mai 2021 hatten wir 394 positiv getestete Bewohner von Alten- und Pflegeheimen. Am 5. Januar waren es 6.949. Man sieht, was sich dort geändert und wie es sich positiv entwickelt hat.

Kontakte sind für Geimpfte und Genesene wieder möglich. Die Ausgangssperre gilt in Bayern zunächst weiter wie bisher von 22 bis 5 Uhr. Aber sie entfällt natürlich auch für die Geimpften und die Genesenen. Später werden wir über die Regelungen aus der Bundesnotbremse zeitversetzt noch sprechen.

Die Quarantänepflicht entfällt für Geimpfte und Genesene. Natürlich müssen wir auch bei den anderen Themen weiter hinschauen. Wir müssen wissen, wie derzeit die Inzidenzen bei den jungen Menschen sind. Sie sind deutlich höher als in der Gruppe der Über-80-Jährigen. Das ist das, was ich vorher beschrieben habe. Da hat sich einiges geändert. Wir wissen, dass Distanzunterricht bei den älteren Schülern funktioniert, bei den Grundschulern ist das schwieriger. Deshalb muss jetzt besonders in dieser Richtung die Schwelle von unter 165 für die 1. bis 3. Klassen der Grundschule und zusätzlich der 5. und 6. Klassen der Förderschulen erreicht werden, damit wir Präsenzunterricht mit Abstand oder eben Wechselunterricht anbieten können. Bei der 4. Klasse bleibt es wie bisher. Die ist als Abschlussklasse definiert.

Der Bildungssektor ist ein ganz wichtiger und zentraler Bereich, den wir besonders im Auge haben müssen, der immer wieder bedacht werden muss. Wenn es da Möglichkeiten gibt, was ja auch prognostiziert wird, dann wird es auch für die weiteren Schulklassen mit einem anderen Inzidenzwert weitergehen.

Außergastronomie, Kultur und Sport – ein ganz wichtiges und zentrales Thema. Ich denke, eine vorsichtige Öffnung ist möglich, wenn die 7-Tage-Inzidenz stabil unter 100 liegt. Stabil heißt, wenn man einen 7-Tage-Bereich wirklich berücksichtigt und erkennt, dass es keine Ausschläge bei den Werten gibt und die Tendenz weiter nach unten geht. Geselligkeit und Lebensfreude sind auch ein wichtiges und zentrales Element in diesem ganzen Bereich.

Auch das Ehrenamt ist uns wichtig sowie die Laien- und Amateurensembles, die gerne wieder proben und auftreten möchten. Das ist ganz, ganz wichtig für die Psyche der Menschen, aber auch für unsere Kultur, für unser Bayernland. Deswegen freut es mich, dass wir hier gemeinsam mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst Konzepte entwickeln, die es uns ermöglichen, einen weiteren Schritt nach vorne zu gehen.

Natürlich ist es für das Tourismusland Nummer eins eine tolle Perspektive, am 21. Mai, wenn die Inzidenzen stimmen, nach vorne zu gehen. Ich selber komme aus dem wunderschönen Allgäu und weiß, wie diese Botschaft angekommen ist, wie man sich freut und zusammenhält. Die Menschen dort wollen alles tun, damit die Inzidenz unter die 100 kommt und somit die Perspektive der Öffnung des Tourismus besteht. Das gilt für Urlaub auf dem Bauernhof, in der Ferienwohnung genauso wie im Hotel. Ich denke, Tourismus als Leitökonomie ist in diesem Tourismusland Nummer eins ein ganz wichtiges Element, das wir nicht vergessen dürfen.

Ich freue mich aber auch, dass wir ein neues Tourismusprogramm auf den Weg bringen: Modernisierung, Digitalisierung, Investitionen sind notwendig und wichtig, um konkurrenzfähig zu bleiben. Auch das sind gute und positive Botschaften.

Körpernahe Dienstleistungen werden bei einer Inzidenz unter 100 wieder möglich sein. So geht das eine um das andere weiter voraus.

Ich bedanke mich bei allen, die es ermöglicht haben, dass jetzt 100 Beatmungsgeräte nach Indien gehen. Diese Bilder, die wir im Fernsehen sehen, sind Bilder, die keiner sehen will und die jeden von uns aufrufen, zu helfen und hin- statt wegzuschauen. Deswegen ist auch das eine wichtige Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht darum, Perspektive mit Vorsicht zu schaffen, weiter auf Sicht zu fahren, aber mit einem Schulterblick, mit Abstand sozusagen. Dann werden wir aus meiner Sicht keine Notbremsen mehr brauchen, wenn wir das beherzigen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Thema, das mir wirklich ganz wichtig ist, ansprechen, über das wir sicherlich auch noch ausführlich sprechen werden, weil es ein Stück weit in dieser Pandemie deutlich geworden ist, und zwar das Thema der Pflege. Ich möchte einen Dank an alle, die dort beschäftigt sind, in der Intensiv- wie auch Altenpflege, an alle, die aufopferungsvoll gekämpft haben und auch noch kämpfen, ausdrücken.

Wir merken, dass die Menschen aus dem Beruf fliehen, weil die Belastung zu groß ist. Es gibt tatsächlich Abwanderungen, Menschen, die ihren Beruf verlassen, obwohl wir sie jetzt notwendiger denn je brauchen. Wir, Politik, Arbeitgeber und Tarifpartner, müssen dieses Thema voranbringen. Wir haben in Bayern alles getan, damit auskömmliche Löhne auch in Pflegesätzen refinanziert werden. Aus meiner Sicht ist es unabdingbar, dass wir jetzt in eine grundlegende Pflegereform eintreten. Der Bundesfinanzminister muss sich noch bewegen. Wir werden um einen Steuerzuschuss nicht herumkommen, aber wir haben jetzt die Verpflichtung und nicht erst übermorgen, etwas für die Menschen, für die pflegenden Angehörigen, für die, die jeden Tag in der Pflege sind, etwas zu tun. Wir dürfen dieses Thema daher nicht auf die lange Bank schieben, sondern müssen jetzt handeln. Die Vorschläge aus Bayern liegen auf dem Tisch, jetzt gilt es, diesen Schwung in dem Bewusstsein mitzunehmen, was diese Menschen für uns alle leisten. Ich kann nur noch einmal sagen: Ein Dankeschön ist das Mindeste, es reicht aber nicht. Wir müssen an dieser Stelle mehr tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich freue mich und bedanke mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, dass wir heute ein weiteres Stück Freiheit für die Menschen gemeinsam auf den Weg bringen. Der bayerische Weg war erfolgreich. Er ist richtig, er hat gewirkt, und mit Gottes Segen werden wir weiter gut durch diese Krise kommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Bevor wir in die Aussprache eintreten, will ich bekannt geben, dass die FDP-Fraktion für ihren Dringlichkeitsantrag betreffend "Freiluftinitiative" auf Drucksache 18/15571 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Wir treten jetzt in die Aussprache ein. Die Debatte ist auf 73 Minuten festgelegt. Die erste Rednerin ist die Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ein paar Wochen hatte ich ein Gespräch mit Julie Anne Genter von den neuseeländischen GRÜNEN. Auf meine Frage, was aus ihrer Sicht der Schlüssel für eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung in Neuseeland war, antwortete sie mir mit "Communication". Bei einer einheitlichen, nachvollziehbaren und mitnehmenden Kommunikation der Regeln wissen alle, was wann wie zu tun ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir Ihre Regierung anschau, muss ich feststellen, dass Sie genau das Gegenteil machen. Statt gemeinsam einen Schritt nach dem anderen zu gehen, herrscht bei Ihnen das Prinzip "Windhund" vor. Hauptsache ist, dass Sie schneller als alle anderen Bundesländer sind, und immer getreu dem Motto: Inhaltlich nichts Neues, aber lauter und dröhnender. Herr Söder, das schadet dem Vertrauen in das Handeln der Regierung, es schadet der Nachvollziehbarkeit der Maßnahmen, und es schadet der Bekämpfung des Virus.

Bei der Debatte um den Wegfall der Einschränkungen für vollständig Geimpfte sieht man es wieder einmal sehr deutlich: Am Freitag, also in zwei Tagen, soll im Bundesrat über die geplanten Erleichterungen der Corona-Regeln für Geimpfte und Genesene abgestimmt werden. Gestern haben Sie verkündet, dass schnell, schnell – schon ab morgen – für die 7,8 % vollständig Geimpften Einschränkungen in Bayern wegfallen werden. Mit Ihrem Vorpreschen produzieren Sie erneut viele Fragen und Unsicherheiten. Wird Ihr "schnell, schnell" auf dem Rücken der Polizei, der Gesundheitsämter, der

Ladenbesitzerinnen und Ladenbesitzer ausgetragen, die jetzt korrekte und gefälschte Impfpässe auseinanderhalten müssen? Ich erinnere nur an die fehlenden Schutzmaterialien, die Testpannen im letzten Sommer, das Hickhack um die Tests und die digitalen Tools in den Schulen. Noch immer ist beispielsweise unklar, wie der Nachweis über eine vollständige Impfung fälschungssicher aussehen soll. Aus grüner Sicht ist es klar: Das muss digital, bundesweit und einheitlich gelten.

Herr Söder, wann lernen Sie endlich einmal, dass man die Hausaufgaben vorab machen muss? Erst müssen Sie die Beteiligten einbinden, und dann erst können Sie die großen Verkündigungen machen. Verstehen Sie mich aber bitte nicht falsch: Ich halte es für richtig und notwendig, die Einschränkungen der Grundrechte wie die Ausgangssperre und Kontaktbeschränkungen für vollständig Geimpfte zurückzunehmen. Herr Holetschek, man muss dabei ein bisschen aufs Wording achten. Sie haben vorhin gesagt, Sie stellen die Grundrechte wieder her. Ich möchte hier noch einmal klarstellen: Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger waren nie weg. Sie sind und waren in gewissen Bereichen teilweise eingeschränkt, und diese Einschränkungen heben wir jetzt wieder auf. Ich glaube, dass diese Differenzierung wichtig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe auch völlig, dass es sehr anstrengend ist, auf die Impfung zu warten. Man hofft, möglichst schnell dranzukommen, um dadurch gewisse Einschränkungen nicht mehr zu haben. Ich halte es aber auch für wichtig, an dieser Stelle ganz klar und deutlich zu sagen: Wenn wir diese Pandemie gemeinsam bekämpfen wollen, brauchen wir Solidarität und nicht Impfneid. Wir müssen die Impfkapazitäten erhöhen, damit möglichst viele Menschen schnell geimpft werden können. Das Mantra "Niemand soll es besser gehen, solange es mir auch noch schlecht geht" halte ich persönlich für nicht zielführend. Bleiben wir also weiter solidarisch. Und dieser Appell gilt auch für Sie, Herr Söder, beim bundeseinheitlichen Vorgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNE sind froh, dass die Infektionszahlen sehr langsam zurückgehen. Wir GRÜNE wissen aber auch, dass wir noch nicht über den Berg sind. Das Personal im Gesundheitswesen ist weiter am Limit. Noch immer gibt es zu viele Tote und Kranke. An den Schulen und in den Familien besteht eine hohe Unsicherheit. Die Kontaktpersonennachverfolgung hat die Regierung Söder immer noch nicht in den Griff bekommen. Von Entwarnung kann leider noch nicht die Rede sein.

Wissenschaftlich ist schon lange klar, dass eine niedrige Inzidenz zu mehr Freiheiten, zu wirtschaftlicher Prosperität und zur Entlastung für alle führt. Deshalb halten wir GRÜNE es für besonders ärgerlich, dass die Regierung Söder auch nach über einem Jahr immer noch keine Niedrig-Inzidenz-Strategie hat. Stattdessen wurden in den letzten Monaten viele Hausaufgaben nicht gemacht. Die Basics der Pandemiebekämpfung stehen noch immer nicht fest. Wir GRÜNE kritisieren das in Ausschüssen und mit Anträgen regelmäßig. Sie sollten jetzt aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und weiter vorsichtig und umsichtig sein. Bis ein Großteil der Bevölkerung geimpft ist, dürfen wir noch nicht nachlassen. Im Moment scheint es mir so, dass die Debatte über Öffnungen schneller ist als die Geschwindigkeit beim Impfen. Das ist ein Problem.

Aus grüner Sicht brauchen wir Folgendes: Damit Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wieder mehr Raum bekommen, muss in anderen Bereichen endlich nachgesteuert werden. Wir wiederholen unsere Forderung nach einer FFP2-Masken-Pflicht am Arbeitsplatz und einer verbindlichen Testpflicht in Betrieben, in denen kein Homeoffice möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE richten weiter den Fokus auf Kinder und Jugendliche, die mehr Raum und mehr Platz haben müssen, damit sie sich miteinander treffen, miteinander lernen und sich begegnen können. Wenn wir jetzt auf die Zeit schauen, sehen wir, dass wir noch zweieinhalb Wochen bis zu den Pfingstferien haben. Aus grüner Sicht muss es unser

Ziel sein, dass nach den Pfingstferien wieder mehr Präsenzunterricht in den Schulen ermöglicht wird. Was brauchen wir dafür?

Erstens brauchen wir niedrigere Inzidenzzahlen, und das bedeutet, dass wir Erwachsene uns noch länger gedulden und noch mehr schultern müssen.

Zweitens brauchen wir mehr geimpftes Personal.

Drittens brauchen wir ausreichend Schutzmaßnahmen und vor allem flächendeckende Tests. Wir GRÜNE verstehen nicht, warum Sie bei den Tests so langsam sind, vor allem bei der Verankerung kindgemäßer Tests, wie etwa des Gurgeltests in der Fläche. Diese Maßnahmen, Herr Söder, würden übrigens Müttern mehr Freude bereiten als Blumen am Muttertag. Das ist klar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre eine emanzipatorische Politik für Familien, für Frauen, für Kinder und Jugendliche.

Weiter fordern wir, dass mit der Impfung von Kindern und Jugendlichen begonnen werden muss, sobald der Impfstoff für Über-Zwölfjährige zugelassen ist – getreu dem Motto: Kinder und Jugendliche first. Wäre es nicht wunderbar, wenn wir es schaffen würden, dass dieses Schuljahr im Juli mit der Erstimpfung in der Schule endet und dass das neue Schuljahr mit der Zweitimpfung in der Schule beginnt? Wenn Sie das auch wollen, müssen jetzt die Hausaufgaben gemacht werden; denn wir haben bei Ihrer Regierung schon mehrfach gesehen, dass Sie im Verkünden schnell sind, im Umsetzen aber viel zu langsam.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem möchten wir, dass Kinder- und Jugendarbeit zumindest im Freien wieder möglich ist. Wir brauchen sichere Treffpunkte und Sozialräume für Jugendliche.

Wir halten es für elementar, dass mobile Testteams Tests und Impfteams Schwerpunkttimpfungen in den Gebieten durchführen, die aufgrund der Wohn- und Lebenssituation ihrer Bewohner ein besonders dynamisches Infektionsgeschehen haben. Wir GRÜNE haben dazu schon vor Wochen Anträge in den Ausschüssen gestellt. Damals haben Sie unsere Anträge noch abgelehnt. Wir hoffen, dass Sie jetzt dabei vorangehen.

Wichtig ist außerdem, dass wir endlich den einheitlichen Stufenplan, den wir GRÜNE seit Anfang der Pandemie fordern, im Infektionsschutzgesetz auf Bundesebene verankern, damit alle wissen, wann was gilt.

Der letzte Punkt, der mir in der Debatte immer zu kurz kommt, ist folgender: Wir müssen uns klarmachen, dass wir diese Pandemie erst dann niedergedrungen haben, wenn sie auf der ganzen Welt eliminiert ist. Das Auftreten neuer Virusvarianten ist auch für uns gefährlich, selbst wenn wir alle geimpft sind. Darum ist internationale Solidarität gefragt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weder die Söder-Regierung noch die GroKo hat sich in den letzten Monaten mit gutem Krisenmanagement hervorgetan. Ich finde, dass es unsere Bevölkerung verdient hat, besser regiert zu werden. Deswegen gilt es jetzt, die Weichen so zu stellen, dass wir die Herdenimmunität erreichen. Dazu braucht es eine vorausschauende Politik mit einem klaren Fokus auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Wir brauchen wissenschaftsbasierte Entscheidungen und vor allem eine nachvollziehbare Kommunikation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. Kollegin Schulze, es gibt eine Zwischenbemerkung. Ich habe noch nicht genau gesehen, wer das auf Sitz 194 ist. Er hat seine Karte nicht reingesteckt. – Der Kameramann! Das ist schlecht. Es meldet sich also keiner. Dann war das ein Fehldrücken, und ich bedanke mich, Frau Kollegin Schulze.

Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Dr. Beate Merk für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Beate Merk (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Schulze, ich finde das immer so traurig, wenn es schöne Tage sind und Sie mit einer solchen Aggression hier am Pult stehen und wie ein Oberlehrer nur draufschlagen. Das, was schnell ist, ist Ihnen zu schnell oder gefällt Ihnen nicht, und das, was Ihnen zu langsam ist, das kritisieren Sie in genau der gleichen Art und Weise. Sie nehmen Beispiele, die meines Erachtens schon etwas schwierig sind. Also wenn ich mir Neuseeland vorstelle, so für sich, als Inselgruppe, und mir dann Bayern vorstelle, das vielleicht auch eine Inselgruppe ist, aber eben umrahmt von Ländern wie Österreich, wo wir den Auslöser für die erste Welle der Pandemie hatten, oder Tschechien, dann frage ich mich, wo da eine Vergleichbarkeit ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich glaube, in Neuseeland ist es etwas einfacher, jedenfalls in dieser Beziehung, zu kommunizieren. Sie mahnen ein bundeseinheitliches Vorgehen an. Das hätten wir auch gern alle gehabt. Aber ich erinnere nur an den Herbst. Lieber Herr Ministerpräsident, da hätten wir gerne einen härteren Lockdown gemacht und damit wahrscheinlich auch – zumindest nach den jetzigen Erfahrungen – ein besseres Ergebnis gehabt als mit dem Lockdown light. Aber weil wir mit allen zusammen vorgehen wollten, hat es eben nicht geklappt. Also ist nicht alles, was bundeseinheitlich ist, immer nur gut.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist es heute anders? – Es ist heute ein neuer, ein lang ersehnter Ton, mit dem der Minister seine Regierungserklärung versehen hat. Er musste die Schraube nicht wieder noch fester drehen, sondern er kann sie lockern. Es gibt tatsächlich endlich mal wieder Aussicht für die Menschen, für diejenigen, die geimpft sind. Das sind in aller Regel die Vulnerabelsten, nämlich diejenigen, die in den Prioritäten 1 und 2 sind und in den Senioren- und Altenheimen jetzt doch in sehr gro-

ßem Maße geimpft worden sind. Es gibt ein gewisses Konzept für Lockerungen. Das bedeutet eine Perspektive, die die Menschen sich schon sehr lange wünschen.

Mit dem Fortschritt der Impfungen – die Zahlen hat der Minister uns heute schon gesagt, die brauche ich nicht zu wiederholen – beginnt dann schon etwas wie eine neue Zeitrechnung, weil der Inzidenzwert kontinuierlich sinkt und damit auch zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass wir immer noch größte Sorgfalt und Vorsicht walten lassen müssen, dass es noch wahnsinnig viel zu tun gibt, bis wir möglicherweise endlich das Wort "Herdenimmunität" in den Mund nehmen können. Wenn wir sagen, dass wir jetzt 30 % Erstgeimpfte haben, dann ist das noch weit weg von 70 bis 75 % Vollgeimpften. Nicht jeder kann geimpft werden, nicht jeder will geimpft werden. Wir haben auch die Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, die 15 % ausmachen und bei denen das Impfen so wichtig ist. Wir sind ja auch voll und ganz hinterher – siehe die Überprüfungen von BioNTech –, dass auch diese so schnell wie möglich geimpft werden können.

Nach über einem Jahr mit einem Coronavirus, das heimtückisch ist und das wir bisher nur in einem ganz kleinen Ausmaß kennen, stellen sich immer noch eine ganze Menge Fragen. Nämlich: Wie lange wirkt eigentlich so eine Impfung? Wie ist es mit den Geimpften und einer weiteren Ansteckung? – Wir werden sehr hellhörig, wenn wir hören, dass Geimpfte in Krankenhäusern sind, weil sie mit Corona infiziert sind. Wir denken an die Mutationen, die kommen können. Wir denken daran, wie die Impfungen dagegen wirken können.

Das wichtige Thema, bei dem wir auch voll und ganz dabei sind – das ist ja gerade das, was unsere Staatsregierung anpackt und was wir als Parlament mit unterstützen –, ist das Thema Medikation, dass Medikamente für Corona-Infizierte, für Erkrankte erforscht und auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sehen, dass wir viele Punkte angepackt haben, aber dass wir auch noch eine ganze Menge lernen und uns darauf einstellen müssen. Wir sehen auch, dass die Situation in den Kliniken mit so vielen Menschen – 5.000 COVID-Kranke auf Intensivstationen – immer noch eine hoch angespannte ist und dass die Fachkräfte, das medizinische Personal, dort Wahnsinniges leisten. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir denken an die Opfer, ob an die mit Nachwirkungen oder an die, die das alles nicht überleben konnten. Ich denke, dass wir so gut durch die Pandemie gekommen sind – vergleichen wir uns doch mit anderen Ländern, schauen wir doch, wie es in anderen Ländern ist –, das haben wir eben auch unserem besonnenen, vorausschreitenden Handeln zu verdanken. Ich bedanke mich sehr herzlich bei unserem Ministerpräsidenten und auch bei dem Minister, der sich nimmermüde diesem Thema widmet und mit einem immensen Engagement an der Sache dran ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist das Parlament, das das alles vertreten hat. Es sind die demokratischen Parteien in diesem Parlament, die das auch mit unterstützt haben. Auch denen danke ich sehr. Und ich danke unserer Bevölkerung, die gerade an Ostern gezeigt hat, dass man nicht immer über die Stränge schlagen will, sondern dass man auch begriffen hat, wie wichtig es ist, zu Hause zu bleiben, nicht in Urlaub zu fahren und damit zu erreichen, dass die Inzidenz über die Feiertage nicht gestiegen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben den Lockdown mit der Bundesnotbremse auf den richtigen Weg gebracht und haben damit erreicht, dass die Zahl der Infizierten gesunken ist. Wir haben das getan, um unsere Gesundheitssysteme zu entlasten und den Menschen, die in Notfallsituationen sind, die Möglichkeit zu geben, in unseren Kliniken, in unseren Intensivstationen, tatsächlich die Hilfe zu bekommen, die sie dringend brauchen.

Das alles war und ist natürlich ein massiver Eingriff in unsere Grundrechte. Das ist uns allen klar, und das haben wir in diesem Parlament auch sehr oft behandelt und diskutiert. Aber wir wissen auch, dass es Situationen gibt, dass wir Notwendigkeiten haben, bei denen wir gerade schauen müssen, dass die Balance der Rechte noch stimmt. Unsere Regierung – ob Bundesregierung oder auch unsere bayerische Landesregierung – hat als Allererstes natürlich die Aufgabe, die Bevölkerung vor schwer kontrollierbarer Weiterverbreitung des Coronavirus zu schützen. Das ist ein Thema, dem auch höheres Gewicht zugebilligt werden muss. Lebensschutz ist dann das Thema, das den überragenden Vorrang hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Frau Schulze auch meint, dass unser Ministerpräsident vorgeprescht ist: Ich habe von der Bundesjustizministerin gehört, dass sie das überhaupt nicht gestört hat, ganz im Gegenteil. Es ist nämlich ein Zeichen der Glaubwürdigkeit. Es ist ein Zeichen gegen die Leute, die uns die ganze Zeit gesagt haben, dass wir möglicherweise mit dem Einschränken, dem Beschränken der Grundrechte letztlich darauf hinauswollen, dass wir die Grundrechte auf Dauer zurückfahren. – Ein solcher Blödsinn, gegen den wir schlichtweg nichts tun konnten. Aber jetzt machen wir deutlich, dass so schnell wie möglich dort, wo es Sinn macht – es geht halt leider Gottes noch nicht überall –, eingedämmt wird, was wir an Einschränkungen haben. Das ist meines Erachtens das Wichtige. Das schnelle, das sofortige Umsteuern ist der Nachweis für demokratische Glaubwürdigkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir sprechen nicht von "Rückgabe" von Freiheitsrechten. Aber wir sind froh, dass wir jetzt, mit diesen Perspektiven, die wir haben, Wirtschaft, Kultur, Gastro, Sport und vor allen Dingen auch den Eltern und ihren Kindern Möglichkeiten, Perspektiven und Öffnungskonzepte geben – wohlgemerkt immer in enger Verbindung mit der Inzidenz, immer mit einem Auge darauf, dass es nicht wieder schlimmer wird. Aber vorsichtig und besonnen, unbeirrt und entschieden hat unsere Staatsregierung gehandelt.

Es dauert noch, bis wir Normalität haben. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht, Frau Schulze. Wir müssen in der ganzen Welt erreichen, dass wir diese Pandemie knacken können, dass wir sie beherrschen können. Aber das Wichtige für uns in Deutschland, in Bayern ist, dass wir ausreichend Impfstoff zur Verfügung haben. Dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein. Ausreichend Impfstoff, damit es irgendwann einmal normal ist, den Arzt anzurufen und zu sagen, ich brauche morgen oder nächste Woche einen Termin zum Impfen, und er gibt mir diesen Termin. Das wünsche ich mir. Bis dahin sind wir leider Gottes gezwungen, weiterhin Vorsicht walten zu lassen. Aber wir sind es inzwischen gewöhnt. Die Aussicht auf bessere Zeiten macht es uns ein klein wenig leichter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Dr. Merk, Herr Söder hat gestern erklärt, dass demnächst auch Schüler geimpft werden sollen, damit ab Herbst wieder ein normales Schuljahr beginnen kann. Heißt das, dass Sie für Schüler ab Herbst eine Impfpflicht bzw. einen Impfzwang einführen wollen?

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, bitte schön.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Plenk, wir haben noch nie eine Impfpflicht oder einen Impfzwang vorgehabt. Selbstverständlich werden wir das auch nicht für Schülerinnen und Schüler haben. Aber wir wären sehr froh, wenn die Überprüfungen durch die Unternehmen so weit wären, dass wir wissen, dass nicht nur 16-Jährige, sondern auch jüngere Schülerinnen und Schüler mit dem Impfstoff geschützt werden können. Das ist unser Ziel: Motivation, Information und Unterstützung, aber ganz bestimmt kein Zwang.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung – es ist im Moment die letzte – kommt von Herrn Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Nachdem der Herr Ministerpräsident Söder in Berlin nicht angekommen ist, mag er nun auch in München nicht mehr sprechen. Dabei hat er sonst immer diese Regierungserklärungen hier im Landtag abgegeben und sie für sich als Pressekonferenz genutzt. Deshalb frage ich Sie stellvertretend, Frau Dr. Merk: Kennen Sie schon die neueste Meta-Studie zur Sinnhaftigkeit und den Gefahren von Masken? Das ist eine deutsche Studie. Sie wurde am 20.04. im "Journal for Environmental Research" und im "Journal of Public Health" veröffentlicht und zeigt die sehr großen Risiken, die mit Mund-Nasen-Bedeckungen, also Masken, verbunden sind.

Erste Frage: Wie beeinflusst das Ihr Gebot zum Tragen von FFP2-Masken in Bayern? Das schießt doch deutlich über das hinaus, was wir aus anderen Gegenden kennen.

Zweite Frage: Warum unterstützen Sie weiterhin diese dumpfe Lockdown-Strategie – so möchte ich es nennen – trotz zahlreicher Erkenntnisse, dass sie große Schäden anrichtet? Während der letzten 14 Monate haben wir viele neue Erkenntnisse gewonnen, aber einige sozusagen dumpfe Maßnahmen bleiben bestehen. Warum?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Beate Merk (CSU): Dumpf ist eher das, Herr Kollege Hahn, was Sie von sich geben. Aber das bin ich gewohnt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist für mich keine große Überraschung mehr. Es hätte mich überrascht, wenn ich heute keine Zwischenbemerkung von Ihnen erlebt hätte. – Ich muss schlichtweg sagen: Die Untersuchungen, die Sie heranziehen, schauen wir uns sicherlich einmal an, und zwar mit großer Sorgfalt, aber wir müssen leider sehen, dass sie so was von

abwegig sind, dass sie mit dem, was uns die Virologen und Wissenschaftler im Moment sagen, überhaupt nicht zu vereinbaren sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Der nächste Redner spricht für die AfD-Fraktion: Es ist der Kollege Roland Magerl.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Werter Staatsminister Holetschek, nun geben Sie den Menschen also einen Teil ihrer Grundrechte zurück, wenn diese geimpft sind oder wenn sie genesen sind. Sie bestätigen, dass Sie den Menschen ihre Grundrechte genommen haben. Das letzte Mal, als die Menschen in Deutschland im großen Stil ihrer Grundrechte beraubt wurden, war eine der dunkelsten Zeiten Deutschlands, ob Sie das nun hören wollen oder nicht. Das Infektionsschutzgesetz war ursprünglich dafür gedacht, Erkrankte zu erfassen und gegebenenfalls abzusondern, wenn von ihnen eine Gefahr ausging. Ein Tbc-kranker Mensch zum Beispiel sollte nicht am öffentlichen Leben teilnehmen. Dafür musste man in seine Rechte eingreifen, bis er wieder gesund war – wohlgemerkt bei Erkrankten, nicht bei positiv Getesteten.

Dann kamen die §§ 28a, b und c IfSG und viele bayerische Verordnungen. Jeder, der sich kritisch dazu äußerte, wurde als "Verschwörungstheoretiker", als "Querdenker", als "Nazi" oder als "asozialer Covidiot" diffamiert oder gleich seines Amtes enthoben. Ich denke da an den Gesundheitsamtsleiter Pürner oder Christoph Lütge aus dem Ethikrat. Bequemerweise lässt man noch zusätzlich den Verfassungsschutz von der Kette, um Kritiker zu überwachen und diese einzuschüchtern in der Hoffnung, man könne diese dann im rechtsextremen Milieu verorten. Denn dort müssen die Zahlen hochgehen, um den immer schlimmer werdenden Linksextremismus herunterzuspielen. Linke 1.-Mai-Krawalle mit verletzten Polizisten und massiven Sachbeschädigungen werden verharmlost. Da ist eine Corona-Demo zum Erhalt der Freiheitsrechte der

Bürgerinnen und Bürger schon eine besondere Schlagzeile wert und füllt so manche Titelseite. Ihre Maßnahmen führten dazu, dass Bürger diskriminiert und sogar kriminalisiert wurden. Schuld waren Verordnungen auf Grundlage eines Gesetzes, das eigentlich mal für Erkrankte zur Eindämmung von Krankheiten gedacht war, nicht zur Gängelung von Bürgern.

Aktuell sind 0,35 % der Menschen in Deutschland positiv getestet. Das heißt aber noch nicht, dass diese auch krank sind. Viele Infektionen verlaufen nach wie vor zum Glück symptomfrei. Ja, es gibt auch schwere und sehr schwere Verläufe. "Krank" und "infiziert" sind also nach wie vor zu unterscheiden, was aber weiterhin nicht gemacht wird. Wir haben also 99,65 % Einwohner in Deutschland, die gesund sind. Diese werden seit über einem Jahr in Geiselhaft genommen. Es werden über deren Köpfe Maßnahmen umgesetzt, als wenn es Aussätzige wären: Ausgangssperren, Quarantänemaßnahmen, Berufsverbote, Kontaktbeschränkungen und die Einschränkung des Rechts auf Bildung. Geben Sie den Menschen endlich ihre Würde und ihre Rechte zurück,

(Beifall bei der AfD)

ein Leben, das sich nicht nach Zahlen, Tests, Impfstatus oder Wohlgefallen der Söder-Herrschaft richtet!

Nach der Spaltung der Gesellschaft durch die vielen unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen wird nun die Spaltung durch eine Einteilung in "geimpft", "genesen" und "nicht geimpft" vorangetrieben. Es braucht niemanden zu wundern, wenn es den Leuten da draußen reicht und wenn sie die Schnauze voll haben. Ein Signal setzen, wie wichtig das Impfen zum Erlangen der Grundrechte sei, so die Aussage von Markus Söder gestern bei einer Pressekonferenz. – Nein, Sie sollen kein Pseudosignal setzen. Sie sollen die Grundrechte vollumfänglich und bedingungslos wiederherstellen. – Dann die Bemerkung: Wir stellen bei jüngeren Kindern Kollateralschäden fest. – Herz-

lichen Glückwunsch, auch schon gemerkt? Die Spätfolgen sind jetzt noch gar nicht abzuschätzen. Diese gehen dann auf Ihre Kappe, meine Damen und Herren.

Zusammenfassend: Die unverhältnismäßigen Maßnahmen haben nachhaltig mehr Schaden als Nutzen gebracht. Jetzt, da die Kanzlerschaft vorerst vom Tisch ist, inszeniert sich Herr Söder als der Gönner, der den Menschen die geraubten Freiheiten zurückgibt. Ich spreche es hier direkt aus: Die Rückkehr zu unseren Grundrechten läuft über eine indirekte Impfpflicht. Das wissen Sie ganz genau, meine Damen und Herren. Wir diskutieren hier über den vorläufigen traurigen Höhepunkt des Totalumbaus unserer Gesellschaft ins Autoritäre, nicht über notwendige gesundheitspolitische Maßnahmen. 2019 – also ein Jahr vor Corona – hatten wir eine Anhörung zum Thema Impfpflicht. Lesen Sie mal nach, vor allem die sehr deutlichen Hinweise, dass eine Impfpflicht mehr negative Effekte hat, als man annimmt.

Liebe Staatsregierung, am Anfang wusste keiner, was kommt. Deshalb haben wir zunächst vieles mitgetragen. Mittlerweile wissen wir aber, was kam: Aktionismus, Inkompetenz und Regeln, die keiner mehr versteht. Nehmen Sie unabhängige sowie kritische Beratung von Experten – und damit meine ich nicht den Karl Lauterbach – aus den verschiedensten Fachbereichen in Anspruch, wie wir das schon im April 2020 gefordert haben, und lassen Sie den Pseudokampfbegriff "Verschwörungstheoretiker". Setzen Sie sich mit den unterschiedlichen Theorien und Erkenntnissen auseinander. Schließlich galt Galileo Galilei seinerzeit auch als "Verschwörungstheoretiker".

Herr Holetschek, "Respekt vor der Meinung anderer" haben Sie gerade gesagt. Dann leben Sie das bitte auch. Auch wenn Sie uns das immer wieder gerne unterstellen: Wir leugnen Corona nicht, sondern wir stellen Ihre unverhältnismäßigen Maßnahmen infrage. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Von der Spaltung zurück in die Realität! – Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach vielen entbehnungsreichen, herausfordernden Monaten, in denen Umsicht und Vorsicht zwangsläufig das zentrale Motiv unserer Politik sein mussten, kehrt heute endlich wieder ein Stück Zuversicht nach Bayern zurück. Eingedenk des immer rasanter werdenden Impffortschritts wird das Licht am Ende dieses dunklen Corona-Tunnels glücklicherweise immer heller, und wir können so langsam auf die Zielgerade der Bewältigung dieser Pandemie einbiegen.

Die Aufgabe von Politik besteht nunmehr darin, den sukzessiven Rückweg von Staat und Gesellschaft in Richtung Freiheit und Normalität bestmöglich zu gestalten. Es gilt auf der einen Seite, Sicherheit zu garantieren, auf der anderen Seite aber auch, Normalität und Freiheit zu gewährleisten. Ja, ich habe es an gleicher Stelle schon häufiger so gesagt: Es gilt jetzt, ein gutes Leben mit Corona zu organisieren – so lange, bis wir diesen ganzen Wahnsinn durch Impfung und Therapiestrategien endlich final hinter uns lassen können.

Die Regierungsfraktion der FREIEN WÄHLER hat in den letzten Wochen und Monaten eine ganze Reihe von Vorschlägen dazu unterbreitet, wie dieser Weg am besten gelingen kann. Sie sehen mich heute einigermaßen zufrieden darüber vor Ihnen stehen, dass diverse dieser Vorschläge von der Bayerischen Staatsregierung aufgegriffen worden sind und zum konkreten Gegenstand von Regierungshandeln gemacht wurden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will das knapp mit drei Schlaglichtern beleuchten: Ich beginne mit der Schule, weil es bekanntermaßen ein besonderes Herzensanliegen unserer Regierungsfraktion, die den Kultusminister in Bayern stellen darf, war, möglichst schnell zum Präsenzunterricht zurückzukehren; sie wollte möglichst schnell das, was jetzt Beschlusslage ist, auf den Weg bringen. Das beginnt mit der sofortigen Rückkehr in die Klassenzimmer in den Grund- und Förderschulen; nach Pfingsten gibt es die Perspektive, das dann auch

in den weiterführenden Schulen so zu handhaben. Nach unserer festen Überzeugung ist das ein wichtiger und richtiger Schritt für die Familien, für die Kinder und die Menschen in Bayern.

Das ist auch – es ist mir ganz wichtig, das an dieser Stelle ganz deutlich zu sagen – nicht verantwortungslos, denn wir tun das nicht ins Blaue hinein. Wir tun das erstens in Kenntnis von Studien, die eindrucksvoll zeigen, dass diese Rückkehr zum Präsenzunterricht nicht nur gut für die Bildungsgerechtigkeit und die Zukunftschancen unserer Kinder ist, sondern auch unserem Kampf gegen Corona nützt, weil sich Präsenzunterricht mit Tests an Schulen auch auf diesen Kampf positiv auswirkt. Wir verknüpfen das zweitens mit einem konkreten Impfangebot für alle Lehrerinnen und Lehrer, die wir an die Corona-Front schicken. Wir verknüpfen das mit einer Testpflicht für unsere Schülerinnen und Schüler. Mit anderen Worten bringen wir also Sicherheit und Normalität bestmöglich unter einen Hut.

Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, unser Versprechen wahr zu machen, und die Schulen, die wir zuletzt geschlossen hatten, als Erstes wieder zu öffnen. Unsere Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU firmiert als Familienkoalition. Für uns gilt: Bayerns Familien und Kinder nicht trotz, sondern gerade in der Pandemie zuerst!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens war uns FREIEN WÄHLERN die Gleichstellung derer, die Corona durch Genesung oder durch vollständige, zweifache Impfung hinter sich gelassen haben, mit denjenigen, die negativ getestet worden sind, nicht weniger wichtig. Ich habe es an gleicher Stelle schon einmal ähnlich formuliert: In einer Demokratie ist immer die Freiheit der Normalzustand. – Ja, die Freiheit kann im Dienste höherer Güter, im Dienste des Schutzes von Leib und Leben vorübergehend eingeschränkt werden. Sobald aber die Gründe – etwa durch eine zweifache Impfung – dafür entfallen, muss das unverzüglich zurückgenommen werden, muss die volle Freiheit wiederhergestellt werden.

Das zu tun, war im Hinblick auf diejenigen wichtig, die unsere Präsidentin zu Beginn der heutigen Sitzung sehr zu Recht angesprochen hat. Das war im Hinblick auf all die Verschwörungstheoretiker wichtig, die die Menschen glauben machen wollten, es gehe um dauerhafte Beschränkungen. – Nein, es geht nicht um dauerhafte Beschränkungen. Diese entfallen, wenn sie nicht mehr nötig sind, unverzüglich.

Kollegin Schulze, es war deshalb auch wichtig, nicht auf gelähmte, auf Berliner Entscheidungsprozesse zu warten, sondern unseren erfolgreichen bayerischen Weg unbeirrt weiterzugehen.

(Zuruf)

Es war wichtig, nicht darauf zu warten, bis es an der Spree weitergeht. Es war wichtig, für die Menschen in Bayern, die in unserem Land in unserer Verantwortung liegen, sofort das zu tun, was der richtige Weg ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Drittens und letztens wird es Sie wenig verwundern, dass es uns FREIE WÄHLER natürlich ganz besonders freut, dass es jetzt endlich möglich ist, wieder eine Perspektive für all die gesellschaftlichen Teilbereiche aufzuzeigen, für die wir in den letzten Wochen und Monaten ganz besonders gekämpft haben: für die Außengastronomie, für Bayerns Tourismus, für Kunst, für Sport, für Kultur.

Uns ist häufig genug vorgeworfen worden, für die eine oder andere Branche sogar zu sehr gekämpft zu haben. Ich glaube, dass jetzt endlich der richtige Zeitpunkt gekommen ist, das, was wir uns vorgestellt haben, auch umzusetzen. Das ist eins zu eins das, was wir meinen, wenn wir sagen: gutes Leben mit Corona durch Tests und Sicherheitskonzepte ermöglichen; Sicherheit sicherstellen; Öffnungsperspektiven aufzeigen. – Das war dringend nötig, und das ist der richtige Weg. Wir freuen uns sehr darüber, dass das jetzt so, wie wir es vorgeschlagen haben, auch zur Umsetzung kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch eine Schlussbemerkung machen. Es bedarf deshalb einer Schlussbemerkung, weil in den letzten Wochen doch so einiges herbeigeschrieben und herbeigeredet werden sollte. Es ging um einen vermeintlichen Koalitionskrach. Es ging um die Frage, ob die FREIEN WÄHLER womöglich zu wenig durchsetzen könnten oder ob der Ministerpräsident zu wenig lockerungsbereit sei.

(Zuruf)

Ich will sagen: Was zählt, ist das, was am Ende des Tages rauskommt. Was zählt, ist, was heute beschlossen wird. Da zeigt sich, dass wir in unserer Bayernkoalition in den letzten Wochen eben zu Recht um das Beste für unser Land und dessen Menschen gerungen haben. Am Ende des Tages sind wir zu einem Ergebnis gekommen, das nunmehr einen besseren Weg für unser Land und dessen Menschen, einen besseren Fahrplan heraus aus dieser Pandemie aufzeigt, als es ihn in allen anderen Bundesländern Deutschlands gibt.

Wir setzen diesen besseren, diesen bayerischen Weg darüber hinaus auch noch schneller um, als das die Bundesebene tut. Mit anderen Worten zeigt sich heute in der finalen Beschlussfassung, dass unsere Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU in der Corona-Krisenbewältigung der Goldstandard bleibt. Darauf sind wir stolz. Das ist der richtige Weg für unser Land und dessen Menschen. Wir laden Sie herzlich dazu ein, sich diesem Weg mit Beschlussfassung über unseren Dringlichkeitsantrag heute anzuschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Fraktionsgeschäftsführer Mehring! Sie rühmen jetzt den Erfolg der FREIEN WÄHLER innerhalb der Regierungskoalition, der natürlich schon x-mal angekündigt war. Aber darum geht es mir heute nicht.

Es geht mir um die Absurditäten, die in der jetzigen Regelung, die Sie groß rühmen, vorhanden sind. Sie antworten jetzt vielleicht; Herr Holetschek hat bei der Regierungsbefragung vorhin nicht geantwortet.

Wenn man die Aerosol-Forschung führender Wissenschaftler zugrunde legt, nach der 99,1 % der Ansteckungen nicht im Freien stattfinden, dann frage ich Sie, warum beim Zutritt zum Biergarten Tests notwendig sind, aber gleichzeitig innen in Geschäften bei einer Inzidenz von unter 100 kein Test notwendig ist. Gleichzeitig frage ich Sie, was Sie zu Folgendem sagen: In einem Freizeitpark bei mir ums Eck werden bei einer Inzidenz von über 100 sowohl Tests als auch FFP2-Masken im Freien gefordert und vorgeschrieben; es hat da Anzeigen gegeben.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Bergmüller, vielen Dank für die Frage. Ich mache zunächst aus meinem Herzen keine Mördergrube: Im Zeitverlauf der letzten Wochen und Monate hat es – das liegt in der Natur der größten Herausforderung der Nachkriegszeit, die diese Pandemie nun mal über unser Land gebracht hat – schon mal Momente gegeben, in denen es für unsere Regierungsfraktion in der Tat schwieriger war, hier im Parlament eine gemeinsame Linie zu präsentieren. Ja, Sie liegen richtig: Wir fühlen uns mit der heutigen Beschlussfassung sehr wohl, weil wir unsere Handschrift darin sehr gut erkennen können.

Zu den Fragen, die Sie stellen: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir im Moment zwei Trümpfe, zwei Schwerter gegen diese Pandemie haben. Das eine Schwert ist das Testen, das andere Schwert ist das Impfen.

Wir wissen, dass die Ansteckungswahrscheinlichkeit im Freien geringer als drinnen ist. Wir setzen das in unserer Verordnung auch so um, indem wir beispielsweise beim Sport im Freien und bei der Außengastronomie im Sinne eines ersten Schrittes voran-

gehen. Die weiteren Schritte für drinnen müssen dann kommen. Ich halte es aber für richtig, das jetzt zunächst einmal noch mit Test- und Impfvorbehalt zu belegen. Das liegt einfach daran, dass es in niemandes Sinn sein kann, das, was wir dank eines gewaltigen Kraftakts der Menschen in unserem Land gemeinsam erreicht haben, leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Ich will nicht aus einer dritten in eine vierte Welle kommen und denen, die sich jetzt freuen, dass sie aufmachen dürfen, in vier Wochen sagen müssen, dass sie jetzt wieder zumachen müssen. Wir wollen eine verlässliche Perspektive: "Auf" muss jetzt auch "auf" heißen; deshalb lieber ein Schluck mehr Sicherheit und dafür dauerhafte Freiheit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Auch hier muss ich auf die Zeit achten, Herr Kollege Mehring. – Die nächste Zwischenbemerkung macht der Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Dr. Mehring, Sie haben von der Bayernkoalition und von dem richtigen bayerischen Weg gesprochen. Ich möchte schon einmal fragen, ob in Ihrer Fraktion eigentlich Einigkeit darüber besteht. Die FREIEN WÄHLER im Bund greifen diese Bundesnotbremse mit dem Argument, dass diese zu starr sei, mit einer Verfassungsklage an; auf der anderen Seite werden die Bundesnotbremse und deren Ausgangsbeschränkungen hier in Bayern nicht einmal in ihrer Modulation angewandt. Sehen Sie darin keinen Widerspruch, oder gibt es möglicherweise in Ihrer Fraktion in Bayern eine andere Sichtweise als im Bund? Es wäre schon wichtig, dieses Hin und Her aufzuklären. Ich weiß, dass man in diesem Zusammenhang oftmals eine janusköpfige Stellung einnimmt. Es ist aber nicht konsequent, wenn Sie erklären, Verfassungsklagen gegen Regelungen weiterhin aufrechtzuerhalten, und auf der anderen Seite genau diese Regelungen noch in einer Situation, die in Bayern speziell ist, herunterbremsen.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die SPD-Fraktion hat mit dieser janusköpfigen Stellung durchaus einige Erfahrung. Ich erinnere mich noch gut daran, als im

Bund der Ausflugsradius beschlossen wurde. Dann hat die bayerische SPD gegen das von der Bundes-SPD Beschlossene geklagt. Davon unabhängig, bin ich dir, lieber Horst und Fraktionsvorsitzender, für diese Frage sehr dankbar, weil sie mir die Gelegenheit eröffnet, einmal vor dem Parlament auszuführen, was aus meiner Sicht das große Missverständnis unserer Verfassungsbeschwerde – auch in der öffentlichen Wahrnehmung – ist.

Unsere Verfassungsbeschwerde richtet sich nicht prioritär auf die Frage nach der Notbremse auf der einen Seite versus weitere Lockerungen auf der anderen Seite. Uns geht es darum, dass über die Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern nirgends besser als hier in München entschieden werden kann. Unser bayerischer Weg war doch der erfolgreichste Weg der Pandemiebewältigung. Davon sind wir fest überzeugt, und das ist das Verdienst von uns, die wir hier alle in diesem Parlament sitzen. Wir sind immer wieder vorangegangen, und der Bund hat es nachgemacht. Genau deshalb gibt es aus unserer Sicht keinen Grund, jetzt einen Oberschiedsrichter von der Spree herbeizurufen, der uns sagt, was in Bayern zu tun ist. Dort, wo wir es in Bayern schärfer wollen, machen wir es schärfer; dort, wo wir lockern wollen und mehr Freiheiten generieren können, machen wir es freier. Das entscheiden wir hier in München. Wir brauchen keine klugen Ratschläge aus Berlin. Berlin kann sich weiterhin an Bayern orientieren, so, wie das diese Woche bei den Lockerungen für Geimpfte wieder der Fall war.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Endlich werden die Zahlen besser. Wir haben bei den Infektionen kein exponentielles Wachstum. Wir haben ein moderates Plateau und ein leichtes Absinken. Das ist gut; darüber sind wir erleichtert. Das heißt aber auch, dass wir Umsicht walten

lassen müssen, weil die Zahlen auf einem solchen Plateau gleich bleiben oder sinken können. Sie können aber auch sehr schnell wieder nach oben gehen. Es ist eine Gemeinschaftsleistung, dass die dritte Welle so gut abgefangen werden konnte. Darum geht hier ein herzlicher Dank an die Bevölkerung, die das mit viel Geduld und Disziplin erreicht hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, jetzt Öffnungsperspektiven zu entwickeln und wieder mehr normales Leben zuzulassen; wir müssen aber natürlich schauen, dass wir keine Risiken eingehen und am Ende nicht alles wieder von vorne losgeht. Wenn mehr gelockert und geöffnet wird, dann kommt es umso mehr darauf an, sich vernünftig zu verhalten. Ich war ehrlich gesagt schon etwas entsetzt darüber, dass der Stellvertretende Ministerpräsident Herr Aiwanger gestern wieder das genau falsche Signal gesendet hat.

Er hat gesagt, Corona verliere seinen Schrecken. Das ist wirklich Unsinn! Das Virus ist keineswegs weniger gefährlich geworden. Die hohen Todeszahlen von deutschlandweit 300 pro Tag und auch die Auslastung der Intensivstationen sprechen da wirklich eine klare Sprache. Das Virus ist auch nicht weniger ansteckend geworden, im Gegenteil. Die Mutationen müssen bekämpft werden. Wenn jetzt aufgrund von Lockerungen wieder mehr Menschen zusammenkommen und sich treffen, dann müssen wir uns dabei umso vorsichtiger verhalten. Mit solchen Bemerkungen erweisen Sie diesem Anliegen einen Bärendienst. Das war auch schon so bei der wirklich verantwortungslosen Ankündigung, dass Schnelltests an Schulen "Masken runter" bedeuten würde. Das ist wirklich gefährlich. Bitte passen Sie besser auf, was Sie sagen und welche Signale Sie senden.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen mit dem Impfen voran. Bayern ist im soliden Mittelfeld. Der Anteil der Geimpften in der Bevölkerung steigt, und das ist auch gut so. Allerdings war das auch irgendwie zu erwarten, natürlich erhofft und ersehnt, aber irgendwie nicht vorbereitet.

Man reibt sich doch die Augen und fragt sich, warum der Umgang mit Geimpften erst jetzt ein Thema ist und mühsam ausgehandelt werden muss. Es war schon zu Beginn der Impfungen wirklich ärgerlich, dass das ganze Verfahren des Impfens – die Reihenfolge, die Organisation usw. – erst geklärt wurde, als es eigentlich hätte losgehen können. Man hat das aber nicht anders vorbereitet.

Leider ist es auch jetzt wieder eine Überraschung, dass Impfen dazu führt, dass es Geimpfte gibt und man sich überlegen muss, wie man mit ihnen umgeht, inwieweit sich die Lage ändert und wie man darauf reagiert. Jetzt wird herumgedoktert und verhandelt, was das jetzt bedeuten soll. Warum haben Sie bei den Ministerpräsidentenrunden mit der Kanzlerin oder in der Gesundheitsministerkonferenz – Bayern hat hier jetzt den Vorsitz – keine Vorbereitungen getroffen und rechtzeitig ein klares Wenn-dann-Szenario aufgelegt?

Wenn die Regeln schon länger bekannt wären, dann hätten wir jetzt weniger Neid-Debatten und weniger Missverständnisse. Dann hätten wir klare, vernünftige und mit Augenmaß entwickelte Kriterien; dann hätten wir übrigens auch keinen tagesaktuellen Druck, den wir jetzt zum Teil haben, weil es vielen nur um die Schlagzeile oder darum geht, bei irgendetwas schneller zu sein. Dafür, dass Sie sich hier selbst so loben, ist das keine so große Leistung. Das muss man wirklich deutlich sagen.

Sie saßen stundenlang beim Impfgipfel bei der Kanzlerin; es kam dabei aber kein Ergebnis heraus. Wissen Sie, was dort alles nicht besprochen wurde? Wie sehen denn jetzt die Nachweise für die Genesenen aus? Wir wissen, dass Genesene maximal sechs Monate lang Antikörper haben, aber nicht alle haben gleich viele. Es wird aber empfohlen, dass spätestens nach sechs Monaten eine Impfung zu erfolgen hat. Das sagt keiner dazu; es wird immer nur von Genesenen geredet. Natürlich muss nach sechs Monaten noch eine Impfung erfolgen. Das wird von der Ständigen Impfkommision und dem RKI empfohlen. Ist das verbindlich oder nicht? Wir wissen aber nicht, wie die Regelungen dazu aussehen.

Vielleicht machen sich Impfgegner auch falsche Hoffnungen darauf, dass sie um die Impfung herumkommen und trotzdem Lockerungen bekommen, wenn sie die Krankheit durchgemacht haben. Am Ende infiziert sich noch jemand absichtlich, weil man glaubt, man komme dann um die Impfung herum. Nein, eine Impfung ist trotzdem nötig.

Es ist auch unklar, wie die Impfungen bei Personen mit Erst- und Zweitwohnsitz, zum Beispiel bei den Studierenden, geregelt sind. Sie können sich dort, wo sie studieren, nicht zum Impfen anmelden, weil dort nicht ihr Erstwohnsitz ist. So etwas kann man doch vorbereiten und klären. Wie verhält es sich bei einem Umzug in ein anderes Bundesland? Wie verhält es sich, wenn man nach der ersten Impfung in ein anderes Bundesland umzieht? Das neue Bundesland fühlt sich dann nicht zuständig und schickt die Personen zurück; die Betroffenen müssen dann noch durchs Land reisen, genau wie die Studierenden. Das ist nicht sehr sinnvoll. Das alles hätte man vorbereiten müssen.

Bei einem Krankenhausaufenthalt werden die Menschen nicht einfach geimpft, obwohl sie schon einmal da sind und wunderbar geimpft werden könnten. Das wird aber nicht gemacht, weil die Zweitimpfung dann nicht wieder im Krankenhaus vorgenommen würde; das müsste dann jemand anderes tun, was so nicht zulässig ist. Gleichzeitig erzählen Sie uns von einem Bürokratieabbau beim Impfen. Das sind alles Hausaufgaben, die Sie bitte dringend erledigen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt die Unklarheit, wozu bundesweite Regelungen überhaupt mühsam erarbeitet werden. Für Sie spielen diese offenbar nur eine sehr untergeordnete Rolle. Der Ministerpräsident hat gestern erklärt, dass er die Erleichterungen des Bundes ab 1. Juni 2021 aufnehmen wolle, gerade so, als wären die bundeseinheitlichen Regelungen und die Notbremse ein Bauchladen, aus dem man nimmt, was man gerade brauchen kann und für richtig hält, und es dann herausnimmt, wann man es nehmen will.

Wissen Sie, für so etwas brauchen Sie sich in Berlin nicht die Nächte um die Ohren zu schlagen und solche Dinge wie die Osterruhe auszubrüten.

(Beifall bei der SPD)

Auch in den Schulen wäre jetzt wirklich Klarheit notwendig. Dort tanzen Sie jetzt wie die Inzidenzwert-Indianer um die Zahl 165 herum. Die FREIEN WÄHLER erheben Klage, weil ihnen die Bundesregel zu streng ist, und hier wenden sie sie nicht an, weil sie ihnen zu locker ist. Dieses Theater ist mit "Hü und Hott" gar nicht mehr richtig zu beschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Das wird auch bei den Überlegungen zu den Lockerungen immer toller. Dort geht es darum, dass man durch Impfungen geschützt ist. Sie haben vorhin die Pflegeheime angesprochen, Herr Minister. In Ihren Bekanntmachungen und Verlautbarungen steht dazu aber nichts. Es steht nichts dazu, dass für die zu 90 % in den Senioren- und Pflegeheimen sowie Einrichtungen für Menschen mit Behinderung doppelt Geimpften auch die Pflicht zum Tragen einer Maske und die Regel des jederzeit einzuhaltenden Mindestabstands von 1,5 Metern innerhalb der Wohngruppe gelockert wird. Dazu haben Sie leider nichts verlautbaren lassen. Übrigens haben wir das in einem Dringlichkeitsantrag gefordert. Daraufhin wurde uns von Vertretern der FREIEN WÄHLER und der CSU im Ausschuss gesagt, man könne die Regeln zum Tragen der Maske und zur Einhaltung des Mindestabstandes bei den doppelt Geimpften nicht fallen lassen, weil es nicht sicher genug sei. Das war bemerkenswert. Ja also was denn nun bitte? Gestern hat der Herr Ministerpräsident getwittert, Geimpfte seien keine Gefahr mehr für sich und andere. Das gilt aber offenbar nicht in den Heimen, wo wir die besten Durchimpfungsquoten haben und auch den Überblick darüber, wer sich dort befindet und wer sich dort begegnet. Das ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich Ihre geneigte Aufmerksamkeit nutzen, um Ihnen ein besonderes Anliegen vorzutragen, das wir auch in unserem Dringlichkeitsantrag angesprochen haben. Der Minister hat es vorhin erwähnt. Wir haben bei den jungen Leuten die höchsten Inzidenzzahlen. Diese Zahlen sind erschreckend. Wir haben zum Teil einen Wert von über 300, manchmal sogar einen Wert über 500 pro 100.000 in dieser Altersgruppe. Dort spielt sich das Geschehen ab. Dort brennt es. Hier müssen wir löschen, und zwar schnell! Darum bitte ich Sie, unserem Vorschlag zu folgen und ein Sonderimpfprogramm für junge Menschen ab 16 Jahren aufzulegen – ab 16 Jahren deswegen, weil für diese Altersgruppe der Impfstoff schon zugelassen ist. Diese Menschen müssen zum Teil in der Schule oder der Ausbildung Abschlüsse erwerben. Sie müssen deswegen auch in den Schulen oder den Betrieben anwesend sein.

Wir müssen jetzt reagieren, weil dadurch auch Folgen für andere entstehen. Als es in den Hotspots in den Grenzregionen zu Tschechien gebrannt hat, haben wir ebenfalls ein Sonderimpfprogramm für die Grenzregionen gefordert. Dieses Programm wurde durchgeführt, und es hatte Erfolg. Wir wissen, dass ein solches Programm wirkt. Deshalb müssen wir ein solches Programm auch für die jungen Menschen schaffen. In Landkreisen wie Tirschenreuth war die Lage zeitweise besonders prekär. Jetzt gehört dieser Landkreis zu den besten im ganzen Land. Das müssen wir auch bei den jungen Menschen schaffen; denn wenn wir die hohen Inzidenzzahlen bei dieser Altersgruppe nicht in den Griff kriegen, hat das Folgen für alle. Dann können wir uns auch nicht sicher sein, dass wir auf dem Plateau der glücklicherweise nicht mehr so stark steigenden Zahlen bleiben werden. Wir haben erkannt, dass es bei den jungen Menschen einen Brennpunkt gibt. Wir haben jetzt die Möglichkeit, für sie ein Sonderprogramm aufzulegen. Das müssen wir auch tun. Bitte nehmen Sie diese Forderung ernst. Das ist uns ein ganz, ganz zentrales Anliegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden über die verschiedenen Dringlichkeitsanträge abstimmen. Uns ist nicht klar, wie der Dringlichkeitsantrag der FDP gemeint ist. Dazu kann die Vertreterin oder

der Vertreter dieser Partei gleich noch etwas sagen. Sicher ist es richtig, dass die Ansteckungswahrscheinlichkeit im Freien geringer ist. Wir werden aber Maßnahmen wie die AHA-Regeln und Hygienekonzepte trotzdem noch brauchen. Dazu sagt Ihr Dringlichkeitsantrag zu wenig aus. Konzeptionell ist zu wenig drin. Noch einmal: Es ist gut, dass wir jetzt bessere Zahlen haben. Wir müssen aber vorsichtig bleiben und an die Bevölkerung das Signal senden: Bleiben Sie vorsichtig! Auch das Testen hilft nur bedingt. Schutz erreichen wir durch die Masken, durch das Desinfizieren, das Abstandhalten und natürlich das Impfen. In diesem Sinne wünsche ich uns eine glückliche Hand.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Woche gab es eine Pressemitteilung aus dem bayerischen Sozialministerium. Darin war von den Belastungen von Eltern durch die Pandemie die Rede. Ich bin neugierig geworden und dachte mir: Was hat diese Regierung zur Linderung der Belastung beschlossen? Öffnungen der Kitas, ein Ende des Wechsel- und Distanzunterrichts oder vielleicht eine Lockerung weltfremder Kontaktbeschränkungen? – Nein, beschlossen wurde eine Allgemeinverfügung zur Öffnung von Blumengeschäften am Muttertag; denn, so das Sozialministerium wörtlich: "Gerade in Anbetracht der gestiegenen Belastungen durch die Pandemie soll für die traditionelle Wertschätzung der Mütter durch Blumen genügend Raum geschaffen werden." Also Blumen zum Muttertag, das ist das, wonach sich die Eltern in Bayern gesehnt haben. Halleluja, unsere Gebete wurden endlich erhört. Die CSU, sie weiß einfach, wo die Menschen in Bayern der Schuh drückt.

(Beifall bei der FDP)

Nicht nur dieses Beispiel zeigt: Diese Staatsregierung hat sich in einem Jahr Pandemie komplett von der Lebensrealität der Menschen abgekoppelt. Und die Quittung dafür erhalten Sie jetzt auch in den Umfragen: Minus 10 % für die CSU. Die Zustimmung bricht ein. Das haben Sie sich – das muss man ehrlich sagen – durch Ihre Politik, gerade auch in den vergangenen Monaten, redlich verdient. Jetzt ist als Reaktion auf die fallenden Umfragewerte eine zaghafte Kehrtwende erfolgt. Erste halbherzige Lockerungen werden vollzogen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, das ist keine Frage. Wir erkennen das als FDP auch an. Das ist aber beileibe kein großer Wurf. Sie setzen zum Teil schlicht die Lockerungen um, die in der MPK schon Anfang März beschlossen wurden und Ende März umgesetzt werden sollten. Besser spät als nie. Zum Teil nehmen Sie jetzt schrittweise Abstand von dem bayerischen Sonderweg, mit dem Sie die bundesweite Notbremse zulasten der bayerischen Bürger verschärft haben, zum Beispiel bei den Schulen und bei der Ausgangssperre.

Was Sie heute vorlegen, sind einfach nur Selbstverständlichkeiten, für die Sie weder Dank noch Applaus erwarten dürfen. Seit dem 2. November sind Gastronomie, Hotellerie, Kultur- und Sportstätten in Bayern geschlossen. Das Ganze war als "November-Lockdown" angekündigt. Dieser Lockdown dauert jetzt schon 185 Tage. 185 Tage, das ist der längste November der Menschheitsgeschichte. Mitte Dezember haben Sie die Schulen geschlossen. Sie sollten eigentlich nach den Weihnachtsferien wieder öffnen. Ein Großteil der bayerischen Schülerinnen und Schüler hat die Schule seitdem nicht mehr betreten. Das sind die längsten Weihnachtsferien der Menschheitsgeschichte. Der Ausnahmezustand ist inzwischen zum Dauerzustand geworden. Kein anderes europäisches Land hat das öffentliche Leben so lange und in diesem Ausmaß heruntergefahren wie wir.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kollateralschäden dieser Lockdown-Politik sind enorm. Die volkswirtschaftlichen Kosten liegen im dreistelligen Milliardenbereich. Wir haben eine halbe Million Arbeitslose und knapp 3 Millionen in Kurzarbeit. Das soziale und kulturelle Leben verödet. Menschen vereinsamen. Die heutige Schüलगene-

ration könnte laut Ifo-Institut im Laufe ihres Erwerbslebens aufgrund des ausgefallenen Schulunterrichts Einbußen von über 3 Billionen Euro haben. Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten und solche, die in beengten Wohnsituationen aufwachsen, leiden ganz massiv unter dem Distanzunterricht. Die Zahl psychischer Erkrankungen ist massiv gestiegen, ebenso wie leider auch die Zahl häuslicher Gewalt. Welcher Nutzen steht all dem gegenüber? – Herr Minister, Sie sagen, die Maßnahmen seien alle notwendig gewesen, um die Infektionszahlen zu senken und um Menschenleben zu retten. Ist das so? – Werfen wir einmal einen Blick auf die Fakten.

(Abgeordneter Martin Hagen (FDP) zeigt eine Grafik)

So haben sich die Fallzahlen in den vergangenen vier Monaten entwickelt. Die grüne Linie zeigt die Zahlen in Deutschland, die blaue Linie die Zahlen in der Schweiz. Fällt Ihnen was auf? – Das ist doch erstaunlich. In der Schweiz gibt es keine Ausgangssperre, offene Schulen, offene Geschäfte, offene Skilifte, offene Hotels und seit einigen Wochen auch offene Außengastronomie, offene Kinos, offene Theater und offene Fitnessstudios. Und trotzdem läuft die Kurve der Schweiz exakt parallel zu der Kurve von Deutschland. Bei der Zahl der an Corona Verstorbenen liegt die Schweiz in diesem Zeitraum übrigens deutlich besser als Deutschland.

Ist es wirklich klug, all das einfach zu ignorieren? Ist es klug, wissenschaftliche Erkenntnisse zu ignorieren, wenn sie Ihnen, Ihrer Politik und Ihren Dogmen nicht in den Kram passen? Herr Minister, warum ignorieren Sie, dass das Robert-Koch-Institut inzwischen sagt, was wir schon lange predigen, nämlich dass der Inzidenzwert als alleiniges Kriterium für politische Maßnahmen untauglich ist? Warum ignorieren Sie, dass eine Studie der Universität Würzburg jüngst herausgefunden hat, dass Kita-Kinder keine wesentliche Rolle bei der Verbreitung des Virus spielen? Warum ignorieren Sie, dass eine Studie der Universität Gießen zu dem Schluss gekommen ist, dass es keinen statistisch signifikanten Beweis für die Wirksamkeit der nächtlichen Ausgangssperre gibt? Das kann man übrigens auch ganz einfach erkennen, wenn mal einmal die Bundesländer miteinander vergleicht. Herr Minister, die Infektionszahlen sind im

FDP-regierten Schleswig-Holstein ohne Ausgangssperre weniger stark gestiegen als in den Bundesländern, die eine Ausgangssperre hatten. Das kann jeder nachlesen.

Warum ignorieren Sie die Erkenntnisse der Gesellschaft für Aerosolforschung, die ganz klar sagt, dass die Infektionsgefahr in geschlossenen Räumen, nicht jedoch an der frischen Luft lauere? Deshalb sind Ihre Maßnahmen zum Teil unnütz, zum Teil auch kontraproduktiv. Bewegung und frische Luft sind gesund. Deshalb fordert die FDP-Fraktion heute in ihrem Dringlichkeitsantrag einen Paradigmenwechsel in der Corona-Politik. Nicht "Stay at home", sondern "Let's go outside".

(Beifall bei der FDP)

Anstatt den Menschen Aktivitäten und den Aufenthalt an der frischen Luft zu verbieten, sollten wir sie vielmehr dazu ermuntern. Lockern wir also die Kontaktbeschränkungen im Freien! Es ist aberwitzig, dass zwei Familien nicht gemeinsam spazieren gehen dürfen. Öffnen wir die Außengastronomie, und zwar unabhängig von der Inzidenz, weil es niemanden gefährdet, wenn ein Mensch im Straßencafé seinen Cappuccino oder im Biergarten sein Radler trinkt! Ermöglichen wir Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel! Schaffen wir die Maskenpflicht im Freien ab, auch auf den Schulhöfen! Sie kann allenfalls bei Versammlungen, wo sehr viele Leute eng beisammenstehen, gerechtfertigt sein. Lassen wir Sport und auch Unterricht unter freiem Himmel zu! Der Unterricht kann an schönen Tagen draußen stattfinden. Schaffen wir endlich die wirkungslose Ausgangssperre ab! Hausarrest für unbescholtene Bürger ist und bleibt inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Ihre Maßnahmen haben zur Verdrängung sozialer Kontakte in private Innenräume geführt, also dorthin, wo niemand nachvollziehen kann, was die Menschen tun. Wir wollen, dass sich die Menschen wieder verstärkt dort treffen, wo das Infektionsrisiko am geringsten ist, an der frischen Luft, dass sie rausgehen, dass sie sich bewegen.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen einen positiven Trend der Infektionszahlen erlebt, einen spürbaren Rückgang der Zahlen, ganz anders übrigens – zum Glück –, als von einigen Experten, auch vom RKI, modelliert und vorhergesagt. Der Impffortschritt und die saisonale Entwicklung, die wir auch schon letztes Jahr zu dieser Jahreszeit erlebt haben, haben Wirkung gezeigt. Das ist eine wirklich gute Nachricht. Wir wollen, dass die frühlingshaften Temperaturen jetzt auch mit einem coronapolitischen Tauwetter einhergehen. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land brauchen wieder mehr Freiheit. Sie brauchen wieder mehr Leben. Sie brauchen wieder mehr Normalität. Dafür kämpfen wir weiter; dafür kämpft die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf nun den Abgeordneten Markus Plenk aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Plenk (fraktionslos): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Herr Söder lockert die Corona-Maßnahmen und gibt Geimpften und Genesenen ihre Grundrechte zurück. Was für eine Farce! In Wahrheit wird der Lockdown um weitere vier Wochen verlängert, und die vermeintlichen Lockerungen können von den Bürgerinnen und Bürgern nur als Hohn und Spott aufgefasst werden. Offensichtlich hat Herr Söder großen Gefallen daran gefunden, die Bevölkerung so lange wie möglich unnötig zu drangsalieren, ist es doch aus seiner Sicht wichtig, die Angst und Panik so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, damit so viele Menschen wie möglich einlenken und sich impfen lassen. Impfschäden? Gibt es nicht! Da waren doch sicher irgendwelche Vorerkrankungen bei den Geschädigten vorhanden. – Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf.

Entscheidend ist für Sie offensichtlich vor allem, dass Pharmakonzerne hierzulande ein möglichst gutes Geschäft machen können, und das möglicherweise sogar auf Jahre hinaus, wie Herr Söder erst gestern angekündigt hat: Mit zwei Piksen ist es nicht

getan, das wird uns noch einige Jahre beschäftigen, und es muss dauerhaft immer wieder geimpft werden.

Beim besten Willen: Das ist keine Impfstrategie, sondern eine Impfstoffverkaufsstrategie. Ziel hätte sein müssen, ausreichend Impfstoff für alle Impfwilligen zu beschaffen, anschließend alle, die es wollen, schnellstmöglich zu impfen, und dann die Maßnahmen für alle aufzuheben. Sie hingegen scheitern, wie gewohnt, in allen Kategorien: zu wenig Impfstoff beschafft, zu langsam verimpft, und dann auch noch zu langsam gelockert. Sie sind nicht einmal in der Lage, aus Ihren eigenen Fehlern aus dem Jahr eins der Pandemie zu lernen. Nein, Sie machen sämtliche Fehler immer und immer wieder.

Dabei ist eines klar: Jeder Tag, den diese Pandemie länger dauert als nötig, ist bares Geld für die Profiteure dieser Krise. Umgekehrt ist jeder Tag, um den die Pandemiemaßnahmen unnötig verlängert werden, verspielte Zeit, um die Kollateralschäden zu begrenzen.

Ab Freitag stellt sich sonniges Frühsommerwetter ein; da sollte insbesondere auch aus Infektionsschutzgründen dafür gesorgt werden, dass die Menschen endlich wieder aus ihren Corona-Gefängnissen herauskommen. Die Ansteckungen finden bekanntermaßen in geschlossenen Räumen statt und nicht im Freien. Je mehr Menschen draußen sind, ganz egal ob beim Sport, im Biergarten oder mit Freunden auf der Gartenterrasse, desto besser. Es spielt dabei auch überhaupt keine Rolle, ob tagsüber oder nachts.

Texas und andere US-Bundesstaaten haben es vorgemacht. Dort wurden die Maßnahmen am 10. März beendet; seitdem gehen dort die Inzidenzzahlen und auch schwere COVID-19-Fälle zurück. Amerikanische Politiker sind offensichtlich weitaus bessere Krisenmanager als die Vertreter unserer Opportunistenregime in Berlin und München.

Statt diesen Irrsinn endlos fortzusetzen, Herr Söder, stellen Sie lieber sicher, dass alle tatsächlich vom Virus gefährdeten Personen ein Impfangebot bekommen, und been-

den Sie dann die Maßnahmen für alle, und zwar sofort und nicht erst dann, wenn der Sommer vorbei ist, wie Sie es letztes Jahr gemacht haben, bevor Sie dann den nächsten Lockdown eingeläutet hatten.

Im Übrigen ist der aktuelle Trend rückläufiger Inzidenzzahlen und rückläufiger Zahlen schwerer COVID-19-Verläufe kein Zeichen Ihrer erfolgreichen Politik; die Zahlen hätten sich auch ohne Ihre exzessive Lockdown-Politik so entwickelt, und das wissen Sie selber auch.

Hätten Sie rechtzeitig die Weichen richtig gestellt, hätten die Maßnahmen schon viel früher aufgehoben werden können. Den verursachten Schaden in Bayern haben alleine Sie zu verantworten, Herr Söder. Jetzt ist die Zeit, Ihre verfassungsfeindliche Politik endlich zu beenden.

(Zuruf)

Grundrechte und Freiheit sind nicht über Impfungen verhandelbar.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Plenk. – Als Nächste darf ich die Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Gesundheitsminister, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Mit dem heutigen Tag sind wir nach Beginn der zweiten Welle erstmals in der Lage, Lockerungen in vertretbarem Stil verkünden zu können. Anders als in der ersten Welle, als uns klar sein musste, dass die sinkenden Inzidenzen nicht von Dauer sein würden, dürfen wir diesmal, in der dritten Welle, mit einem dauerhaften Erfolg im Kampf gegen das Coronavirus rechnen; denn die Tendenz ist positiv.

Schauen wir uns die Zahlen von heute einmal an. – Von unseren Landkreisen waren gestern noch 19, heute sind es schon 24, unter der 7-Tage-Inzidenz von 100, zwei sind sogar unter 50, nur 13 noch über 200. In meinem eigenen Landkreis haben wir

mittlerweile eine Inzidenz – wir waren fast bei 200 – von 94,8. Die Tendenz ist positiv. Ich meine, das ist etwas ganz Tolles, und darüber dürfen wir uns auch mal freuen.

Aber für die Opposition ist das Glas natürlich halbvoll; es wird gejammert, es wird lamentiert. Die GRÜNEN nehmen Neuseeland, eine Insel mit einem harten Lockdown, das sich abgeschottet hat, das wesentlich härtere Maßnahmen ergriffen hat, als wir sie teilweise hatten, als Beispiel. Die FDP betrachtet die Schweiz; Schweden wird erst gar nicht angeschaut. Großbritannien oder gar Brasilien wird gar nicht in Betracht gezogen. Man nimmt sich immer diese Länder, die gerade passen.

Aber, sehr geehrter Herr Kollege Hagen, ich bin ganz froh, dass ich in Bayern lebe und nicht in einem FDP-regierten Land. Unser Kurs, der Kurs von Umsicht und Vorsicht, von Vorsicht und Perspektive, hat sich ausgezahlt und bewährt. Das zeigen die Zahlen. Dafür gebühren der Staatsregierung und vor allem unserem Ministerpräsidenten und unserem Gesundheitsminister großer Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dank gebührt aber uns allen, die wir uns solidarisch und rücksichtsvoll verhalten haben.

Trotzdem ist jeder Tote einer zu viel. Die Krankheit hat auch hier in Bayern unsäglich viel Leid über viele Familien gebracht. Ich meine, dass wir uns auch mit dem Thema Long-COVID hier im Haus noch lange beschäftigen werden.

Aber nicht nur die Krankheit hat uns viel abverlangt. Auch die richtigen und wichtigen Maßnahmen, die wir zur Eindämmung der Pandemie getroffen haben, haben in unserer Gesellschaft Spuren hinterlassen. Was mich wirklich begeistert, ist diese Nachbarschaftshilfe, das Miteinander, die Rücksichtnahme auf den anderen, kein Problem damit zu haben, mal etwas in die zweite Reihe zu treten, damit andere sicher sein können. Ich glaube, unsere Gesellschaft hat sich hier von einer ganz tollen Seite gezeigt.

Es wird aber auch unsere vordringliche Aufgabe sein, in den Bereichen Schule, Wirtschaft und Kultur, Sport und Musik geeignete Maßnahmen zum Wiederaufbau zu realisieren. Es wird an vielen Stellen gelingen, vielleicht nicht an allen. Das Leben ist aber wie ein Fluss. Auch wenn wir Menschen den Status quo bevorzugen und gerne den Ist-Zustand beibehalten wollen, so ist es manchmal schlauer, mit dem Strom anstatt gegen ihn zu schwimmen. Ich meine, dass unser Ministerpräsident, gerade wenn es um die Rechte von Genesenen und Geimpften gegangen ist, genau diesen Weg genommen hat und vorangeschritten ist.

Wir werden den Wandel weiterhin mutig begleiten. Viele Menschen haben uns in den letzten Monaten gezeigt, was machbar und möglich ist. Auch in der Gastronomie, in der Hotellerie, im Tourismus, die über Gebühr hart getroffen wurden, haben uns tolle Konzepte kreativer Unternehmer und Bürger, die das unterstützt haben, gezeigt, was möglich ist. Wenn sich das Kabinett nächste Woche genau mit diesem Bereich beschäftigt, bin ich sicher, dass wir für diesen Bereich wichtige Maßnahmen ergreifen können, dass wir uns wieder im Außenbereich aufhalten können oder aber doch den von vielen so dringend herbeigesehten Urlaub ins Auge fassen können.

Die Pandemie hat aber auch ein Vergrößerungsglas auf viele Punkte gerichtet. Anstatt sie zu bemängeln und zu kritisieren, sollten wir Lösungen suchen und schaffen, indem wir vorsichtig öffnen. Der Minister hat gesagt, der Dreiklang aus Gesundheit, Freiheit und Sicherheit ist immer ein Abwägungsprozess. Dieser Abwägungsprozess betrifft sicherlich auch die Pflege. Ich weiß – ich war selbst in dieser Gesundheitsausschusssitzung anwesend –, wir haben uns lange zu der Frage auseinandergesetzt, wie weit man öffnen kann. An dieser Stelle darf ich erwähnen: In meiner Familie gibt es eine Pflegedienstleitung in einem großen Altenheim. Sie sagt, es gibt die Möglichkeit, Freiräume zu gewähren, es gibt die Möglichkeit, soziale Angebote zu unterbreiten, und es gibt auch die Möglichkeit, auf den Impffortschritt einzuwirken. Man muss aber auch klar festhalten: Nicht jeder Heimbewohner oder jede Heimbewohnerin kann geimpft werden, doch auch er oder sie ist zu schützen. Nicht jede Pflegekraft kann oder will

geimpft werden. Auch dies muss man sich vor Augen halten. Bei diesen vulnerablen Gruppen wollen wir den großen Fortschritt, den wir erreicht haben, nicht riskieren. Deswegen öffnen wir mit Maß. Ich kann Ihnen sagen, Frau Kollegin Waldmann, sehr viele Pflegedienstleitungen haben hier ganz tolle Modelle für die zu Pflegenden gefunden.

Ein weiterer Punkt sind unsere Kinder. Wir sehen die Belastung und die Opfer, die gerade die Kinder und die Jugendlichen in den letzten Wochen und Monaten gebracht haben.

(Zuruf)

Wir müssen dies wertschätzen und honorieren; denn es gibt immer zwei Seiten einer Medaille: Zum einen konstatieren wir, Kinder brauchen Freunde und ihr soziales Umfeld. Als ehemalige Grundschullehrerin finde ich dies unendlich wichtig. Zum anderen gibt es aber auch bei Kindern Erkrankungen, und selbst wenn Kinder nicht krank werden, so tragen sie doch viele Ängste mit sich. Es ist wichtig, das Kostbarste, das wir haben, zu schützen. Daher halte ich die Maßnahme, die das Kabinett getroffen hat, Grundschulen bei einer Inzidenz unter 165 – ich weiß, darum hat man hart gerungen – ab nächster Woche zu öffnen, für vertretbar. Es handelt sich um Wechselunterricht, das heißt, man kann hier noch wichtige Sicherungsmaßnahmen ergreifen. Die weiterführenden Schulen – davon bin ich absolut überzeugt – werden nach den Pfingstferien ebenfalls eine vernünftige Perspektive erhalten. Ich glaube, dies ist unendlich wichtig. Das Kabinett und unser Gesundheitsminister haben sich auch bereits Gedanken über die Impfmöglichkeiten für Kinder gemacht. Der Impfstoff ist ab 16 Jahren freigegeben. Deswegen ist gerade im Bereich der Abiturienten sowie der Schülerinnen und Schüler der FOS/BOS in Planung, diesen im Juli ein Impfangebot zu unterbreiten, und im Herbst auch weiteren Schülerinnen und Schülern.

Dass sich die Lage, wie ich eingangs erwähnt habe, entspannt hat, hat sicherlich auch mit dem Impfen und dem hohen Impftempo zu tun. In jeder Sekunde meiner Rede –

ich habe jetzt gerade sieben Minuten gesprochen – ist ein Mensch in Bayern geimpft worden.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich, dass Sie die Impffortschritte begrüßen. Ja, wir tun dies vollkommen ohne Impfpflicht, schnell und wirksam. Es gibt – gerade beim mRNA-Impfstoff – Untersuchungen, wie Kinder unter 12 Jahren geimpft werden können. Selbst bei Schwangeren gibt es bereits Untersuchungen, die uns sehr hoffnungsvoll in die Zukunft blicken lassen.

Wir haben das Thema Testen. Auch hier gehen wir mit gutem Beispiel voran. Es wird getestet. Ich sage Ihnen, der Umstand, dass wir so niedrige Inzidenzen haben, ist dem verantwortungsvollen Verhalten der Bevölkerung, den Maßnahmen, die wir ergriffen haben, aber auch dem Testen, das die Bevölkerung wunderbar in Anspruch nimmt, zu verdanken. Ich glaube, die Disziplin der Bürgerinnen und Bürger und die zunehmende Immunisierung sind ein ganz wichtiger Faktor bei der Reduktion der Fallzahlen.

In diesem Zusammenhang ist auch wichtig zu erwähnen, dass die Impfbereitschaft erfreulich hoch ist. Die Menschen haben sich dankenswerterweise nicht von Falsch- und Fehlinformationen irritieren lassen, sondern vertrauen zu Recht auf die Sicherheit der Impfungen und den eingehenden Schutz. Hier gibt es einen weiteren Dreiklang, Herr Gesundheitsminister: Wir haben die Impfzentren, um die Priorisierung abarbeiten zu können, wir haben die Ärzte – Fachärzte und Hausärzte –, die mittlerweile einen wahnsinnig großen Beitrag leisten, und wir werden die Betriebsärzte haben. Auch durch diesen Dreiklang werden wir sehr viele Menschen impfen können. Wenn die Zahlen stimmen, werden wir im Juni wahrscheinlich fragen müssen: Wer hat noch nicht? Dann wird nämlich ausreichend Impfstoff zur Verfügung stehen.

Die Lockerungen für Geimpfte und Genesene kann ich nur unterstützen, und vor allen Dingen kann ich ihnen nur beipflichten. Nichtsdestoweniger glaube ich, dass jeder Geimpfte und jeder Genesene Rücksicht auf die anderen sowie auf den Ethikrat und

seine Äußerungen nehmen wird. Ich denke, wir müssen noch eine Zeit lang zusammenhalten und dürfen keine Spaltung aufkommen lassen. Ich darf an dieser Stelle anmerken: Als Genesene habe ich überhaupt kein Problem damit, mich noch etwas einzuschränken, bis die Menschen, die vulnerabel sind, ebenfalls geschützt sind. Mehr als alles andere hat uns Corona gezeigt, dass eine Pandemie keine Zeit für Egoismus ist. Wir brauchen Geduld. Wir wissen auch, dass wir den Erreger nur dann weltweit in Schach halten werden, wenn wir weltweit agieren. Dass Bayern nun auch unterstützt und hilft, kann ich an dieser Stelle für meine Fraktion nur unterstreichen. Nicht nur mit Beatmungsgeräten, auch mit Impfstoffen sollten wir Solidarität und Nächstenliebe zeigen.

Für uns als CSU-Fraktion, aber auch für die Staatsregierung gilt: Vorsicht und Perspektive. Diese Perspektive haben wir gezeigt. Deswegen bin ich sicher, dass wir in wenigen Wochen in einen gemütlichen, entspannten und vor allen Dingen von uns allen so dringend benötigten Urlaub oder Erholungszeitraum eintreten können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Herr Abgeordneter Henkel hat um eine Zwischenbemerkung gebeten. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Uli Henkel (AfD): Frau Kollegin Schorer-Dremel, nachdem bei der Regierungserklärung selbst keine Zwischenbemerkung möglich war, möchte ich Sie bitten, Ihren Kollegen Herrn Staatsminister Holetschek darauf hinzuweisen, dass dessen Aussage zu Beginn der Regierungserklärung eigentlich nicht so stehen bleiben darf und unbedingt korrigiert werden sollte. Er hat gesagt: Wir haben bzw. wir werden Freiheitsrechte zurückgeben. Korrekt wäre aber doch wohl: Wir haben bzw. wir werden Freiheitseinschränkungen zurücknehmen. Freiheitsrechte, liebe Frau Kollegin Schorer-Dremel, sind Grundrechte. Diese kann man uns glücklicherweise nicht nehmen. Ich hätte es

dem Kollegen gerne selbst gesagt, aber eine Zwischenbemerkung war nicht möglich. Ich bin sicher, Sie sind so freundlich und richten es ihm aus.

(Zurufe: Oh!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr Henkel, das weiß er schon.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut. Damit ist die Frage offenkundig beantwortet. – Ich darf die nächste Rednerin aufrufen. Dies ist Frau Abgeordnete Christina Haubrich.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Endlich nimmt die Impfkampagne Fahrt auf. Wir müssen jetzt alles daransetzen, auch bei sinkenden Inzidenzwerten die Impfbereitschaft zu erhöhen, und müssen Impfungen gezielt dort einsetzen, wo gerade besonders große Infektionsherde auftauchen. Die Priorisierung von Risikogruppen war und ist richtig; denn sie schützt die zuerst, die am meisten gefährdet sind. Angesichts des derzeitigen Infektionsgeschehens und der höheren Verfügbarkeit von Impfstoff fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag nicht nur für Regionen, sondern auch für Stadtviertel, in denen besonders hohe Inzidenzzahlen vorherrschen, zusätzliche Schwerpunktimpfungen. Es ist ganz offensichtlich, dass sozioökonomische Faktoren stark mit dem Infektionsrisiko korrelieren. Menschen, die in beengten Wohnverhältnissen leben, deren Tätigkeit Präsenz und direkten Kontakt erfordert, aber auch Geflüchtete und Obdachlose in Sammelunterkünften sind einem deutlich höheren Infektionsrisiko ausgesetzt und sollten deshalb so schnell wie möglich geimpft werden.

Geflüchtete gehören der Priorisierungsgruppe 2 an. Sie sollten eigentlich schon an der Reihe gewesen sein, doch die Staatsregierung hat es definitiv verpasst, diese Personengruppen gezielt anzusprechen und mehrsprachig aufzuklären. Auch Lehrerinnen

und Lehrer, die, obwohl sie täglich Schülerinnen und Schüler testen und während des Abiturs sogar Schüler*innen in Quarantäne beaufsichtigen sollen, sind noch nicht geimpft. Zudem plädiere ich auch dafür, Abschlussjahrgänge und Studierende zügig zu impfen. Das Gleiche gilt für Auszubildende, die in der gesamten Pandemiepolitik viel zu selten berücksichtigt wurden. Mit der fortschreitenden Durchimpfung der Bevölkerung wird die mehrsprachige und barrierefreie Aufklärungs- und Informationskampagne hier in Bayern, die wir schon seit einiger Zeit fordern, immer wichtiger. Dabei muss auch die Rolle der zweiten Impfung betont werden, damit sich möglichst viele Menschen vollständig impfen lassen.

Wir müssen auch vorhandene Ressourcen nutzen. So ist zum Beispiel die Vergütung von Kinderärzten zu gewährleisten, wenn sie Impfberatungsgespräche für die ganze Familie durchführen. Gerade bei sozial schwächer gestellten Familien und Familien mit Migrationshintergrund ist das besonders wichtig.

Ebenso müssen wir bedenken, dass nicht alle Menschen in einer örtlichen Hausarztpraxis gemeldet sind. Viele Studierende, Neuzugezogene und jüngere Menschen müssen deshalb auf anderem Weg erreicht werden, damit ihnen ein Impfangebot gemacht werden kann.

Logistisch müssen wir jetzt alle Kapazitäten ausschöpfen – Hausärzte, mobile Impfteams, betriebliche Impfmöglichkeiten und Impfzentren. Dafür muss ausreichend Personal da sein, um die Terminvergabe, die notwendige Dokumentation, Aufklärungsgespräche und die Impfung selbst durchführen zu können.

All diese Schritte sind viel dringender und effektiver, als jetzt im Alleingang in Bayern die Impfpriorisierung aufzuheben, bevor es überhaupt genügend Impfstoff gibt. Bayern impft nicht schneller als der Bundesdurchschnitt. Auch wenn Ihnen das vielleicht ein paar zusätzliche Interviewtermine beschert, ist ein bayerischer Sonderweg hier nicht zu begründen. Eine bundeseinheitliche Auflösung im Juni, wenn größere Impfstofflieferungen erwartet werden bzw. vorhanden sind, macht Sinn und schafft Klarheit. Wie

Sie unserem Dringlichkeitsantrag entnehmen können, gibt es genug andere Arbeitsaufträge, die in den nächsten Tagen und Wochen zu bewältigen sind, um das Ganze vernünftig vorzubereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Kollegin Haubrich. Interventionen liegen keine vor. – Damit darf ich die Kollegin Susann Enders von den FREIEN WÄHLERN aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete Enders.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bayern ist auf einem guten Weg durch die Corona-Krise. Zuversicht und Optimismus sind wichtige Tugenden unserer Zeit. Mein Dank gilt an dieser Stelle besonders Hubert Aiwanger, der mit seiner kompetenten, pragmatischen und positiven Art

(Widerspruch)

ausstrahlt, was ein Politiker und stellvertretender Ministerpräsident in diesen schweren Zeiten ausstrahlen sollte, nämlich Mut und Zuversicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe)

Diese Energie bringt uns hier in Bayern durch die Krise, weil es niemandem nutzt, wenn wir aus Angst und Frust zum Sterben in den Keller gehen.

Gestern gab es im Kabinett maßgebliche Entscheidungen. Mehr Präsenzunterricht an Schulen lag besonders unserer FREIEN-WÄHLER-Landtagsfraktion am Herzen. Es wird Öffnungen für die Außengastronomie, für Kultur und Sport geben. Die dritte Welle ist zum Glück entgegen zahlreichen Prognosen weniger heftig ausgefallen. Wir kennen das Virus inzwischen und können mit Tests und Hygienekonzepten sehr viel kontrollieren. Sehr geehrte Frau Waldmann, wenn man seinen Feind kennt, verliert er auch seinen Schrecken.

Die Impfungen vulnerabler Gruppen geben immer mehr Sicherheit. Mit Impfungen weiterer Menschen und Hygienekonzepten werden Infektionszahlen und Infektionen mit schweren Verläufen weniger. Daher ist eine neue Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung bis einschließlich 6. Juni mit deutlicher Erleichterung genau der richtige Weg. Positiv ist, dass die Zahl der Landkreise im Freistaat mit einer 7-Tage-Inzidenz unter 100 ansteigt, auch in den kommenden Tagen. Das heißt, dass dann schon in fünf Tagen, ab dem 10. Mai, Erleichterungen für die Außengastronomie, Theater, Konzert- und Opernhäuser, Kinos und Sport endlich möglich sind. Ein Konzept von Tests und Hygiene für zahllose Branchen haben wir FREIE WÄHLER schon lange beworben und gefordert. Jetzt gehen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner endlich diesen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein ganz wichtiger Schritt ist es nun, vollständig Geimpfte, Genesene und negativ Getestete ab dem 6. Mai gleichzustellen und so Optionen zu schaffen. Der Tourismus blickt endlich wieder nach vorne – auch hier der Dank an Hubert Aiwanger und an meine FREIE-WÄHLER-Fraktion. Mit einer stabilen 7-Tage-Inzidenz unter 100 sind ab dem 21. Mai touristische Angebote endlich wieder möglich. Das gilt auch für Ferienwohnungsanbieter und Betreiber von Campingplätzen, die der Staatsregierung zeitnah ein entsprechendes Konzept mit Terminvereinbarungen, 48-Stunden-Tests, Abstands- und Hygienemaßnahmen vorlegen.

Unsere Fraktion konnte sich in den vergangenen Wochen nicht vor Zuschriften retten. Meine Damen und Herren, wir alle haben herzergreifende Mails, Briefe und Anrufe bekommen. Darin geht es um Existenzen, die eigentlich nicht mehr zu retten sind; Eltern und Kinder haben sich gemeldet, die treu und eisern alles mitgemacht haben, was wir ihnen bisher abverlangt haben, und die Perspektiven wollen. Ein junges Mädchen, das auf ein Gymnasium in der Oberpfalz geht, sagte uns: Ich habe alles ertragen, habe monatelang keine Klasse von innen gesehen. Wir müssen raus. Wir können nicht mehr. – Dieses Mädchen ist im Teeniealter. Dieses Mädchen ist am Boden zerstört.

Dieses Mädchen ist nur eines von vielen Kindern, die heute, bedingt durch den Lock-down, mit psychischen Problemen zu kämpfen haben.

Mehr Klassen in die Schulen zu bekommen, muss unser weiterer Weg sein, und wir sind auf einem guten Weg. Ab dem 10. Mai findet für die 1. bis 3. Klasse der Grundschulstufe sowie für die 5. und 6. Klasse der Förderschulen in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer 7-Tage-Inzidenz unter 165 Präsenzunterricht statt. Dann folgt an allen weiterführenden Schulen in Gebieten mit einer 7-Tage-Inzidenz unter 165 Präsenz- oder Wechselunterricht. Die Inzidenz 165 ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn diese Zahl, das wissen wir alle, willkürlich und ohne jeden medizinischen Hintergrund vom Bund ausgewählt scheint. Öffnungen sind unser Weg. Kinder müssen endlich wieder in die Schule gehen können. Die Kollateralschäden, eigentlich ein schrecklicher Begriff, –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte beachten Sie die Redezeit.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): – sind inzwischen derart schlimm. Schulen sind ein sicherer Ort.

Lassen Sie uns nach vorn blicken! Lassen Sie uns den Menschen, die seit einem Jahr verzichten und eingeschränkt leben, Hoffnung und ein kleines, vertretbares Stück Freiheit zurückgeben! –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): – Die Dringlichkeitsanträge lehnen wir ab. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Enders, vielen Dank für Ihre Ausführungen. – Als nächsten Abgeordneten darf ich den Kollegen Winhart von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Staate Söder wird aussortiert. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die die Maßnahmen der Staatsregierung in ihrer Hysterie voll mittragen und die eigentlich jedem zustehenden Grundrechte freundlicherweise zurückbekommen, weil sie sich zur Regierungspolitik der Staatsregierung linientreu verhalten haben. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die das Spiel längst durchblickt haben, die unter dem Testchaos leiden, die weder für sich selbst noch für ihre Kinder einsehen, dass sie als Versuchskaninchen für eines der waghalsigsten Impfexperimente in der Geschichte herhalten sollen. Sie können im Staate Söder nicht auf die gleichen, ihnen zustehenden Grundrechte hoffen. Sie müssen jetzt mit Ausschluss vom sozialen Leben und von Reisefreiheit, mit Kontaktverboten im engsten Umfeld und mit Ausgangssperren büßen. Bestes Beispiel ist der Friseurbesuch, für den man jetzt einen Test braucht. Wenn man sich überlegt, ob man es sich zeitlich leisten kann, unter Umständen positiv zu sein, dann wird man vielleicht darauf verzichten. Hier geht es mittlerweile an die elementarsten Dinge, an die Körperpflege und das eigene Wohlbefinden.

Wir haben in Bayern mittlerweile die Grundrechtevergabe nach Gutsherrenart. Die Bevölkerung wird wacher und wacher. Wie wir aus der "Süddeutschen Zeitung" erfahren, hat die Stadt München die Impfkation für Lehrer gestoppt, da kaum Nachfrage bestand. Schon merkwürdig, wenn selbst die Staatsdiener das Ganze nicht mehr mitspielen! Der BR berichtete vorgestern, dass in der Oberpfalz und in Niederbayern Bürger nach der "segensreichen" ersten Impfung wegen der mit ihr gemachten Erfahrungen und den aus ihr resultierenden Nebenwirkungen die Termine für die zweite Impfung teils ohne Terminabsage reihenweise verstreichen lassen.

Dann gab es noch das Theater um das Vakzin von AstraZeneca. Erst war es nur für Senioren gedacht und zugelassen, und jetzt ist es nicht mehr nur für Senioren zugelassen. Außerdem erfolgt die Impfung auf eigenes Risiko – übrigens wie alle anderen Impfungen auch! Das sagen Sie den Menschen aber nicht. Der Staat übernimmt auch

keine Haftung für Schäden. Man munkelt sogar, dass nicht einmal der CSU-Kollege Stöttner mit seiner Allianz-Agentur solche Schäden versichern wollte, obwohl selbst er in letzter Zeit viel versichert.

Die anderen Pharmaunternehmen stehen AstraZeneca in kaum einer Weise nach. Weitgehend bekannt sind Nebenwirkungen der Vakzine von BioNTech/Pfizer und Moderna. BioNTech/Pfizer greift jetzt nach weiteren Corona-Euros und hat die Zulassung für Zwölf- bis Sechzehnjährige beantragt. Für die Kohorte der sechs Monate alten – ich betone: sechs Monate alten – Säuglinge bis Elfjährigen werden derzeit Tests durchgeführt, um eine EMA-Zulassung zu erhalten.

Da werden sich die ersten Corona-Profiteure die Hände reiben; sicherlich gibt es für sie wieder den einen oder anderen Berater- oder Vermittlervertrag abzugreifen. Ich fordere aber ganz offen und ehrlich: Finger weg von unseren Kindern und Jugendlichen! Keine Impfpflicht an Schulen und Kitas! Keine Auslieferung Schutzbefohlener an die Corona-Hysterie!

Meine Damen und Herren von der Bayernkoalition, ich gebe Ihnen hier eine kleine Erinnerungshilfe zu dem, was Sie wirklich vorhaben – ich zitiere –: Für eine Impfpflicht wäre ich sehr offen. – Wer hat das gesagt? – Das hat niemand anders als unser Ministerpräsident am 23. April auf "n-tv" gesagt, auch wenn Frau Dr. Beate Merk vorhin das Gegenteil behauptet hat.

Seitdem die neue INSA-Umfrage veröffentlicht ist, also seit dem 27. April, in der die CSU mit einem Umfragewert von nur 36 % abgestraft wurde, wird jetzt kräftig zurückgerudert, aber ganz kräftig! Ja, Söders Corona-Politik wirkt – vor allem bei den Umfragewerten! Jetzt wird der Panikmodus ausgeschaltet, und Öffnungen werden in Aussicht gestellt, aber natürlich nur für diejenigen, die sich schön konform haben impfen lassen.

Ich komme zum Ende. Gestern sprach Staatsminister Holetschek von "Auffrischungsimpfungen", die nötig sein werden. Corona wird auch nach dem zweiten Piks bleiben,

wie der Minister bei Anne Will bestätigt hat. Sie wissen, dass Ihre Impfstrategie gescheitert ist.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte kommen Sie zum Ende.

Andreas Winhart (AfD): Deswegen haben Sie auch veranlasst, dass das Oktoberfest, das Gäubodenvolksfest und das Herbstfest in Rosenheim usw. abgesagt werden. Sehen Sie ein, dass Ihre Strategie im Grunde gescheitert ist und Ihre Lockdowns nichts gebracht haben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit.

Andreas Winhart (AfD): Wehren Sie Angriffe des Bundes und Europas auf die Rechte und Freiheiten der bayerischen Bevölkerung ab!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und keine Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Das heißt, wir kommen zur Abstimmung über die mit der Regierungserklärung zu beratenden Dringlichkeitsanträge.

Zunächst lasse ich über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN betreffend "Impffortschritt und sinkende Inzidenzen in Bayern – Wachsam bleiben, Erleichterungen schaffen" auf der Drucksache 18/15567 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dem Antrag zugestimmt.

Nun lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Jetzt nicht nachlassen – Bayerns Impfkampagne steuern, lenken und gestalten!" auf der Drucksache 18/15568 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zu-

stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordneten Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Grundrechte für alle – Lockerungen für alle" auf der Drucksache 18/15569 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind sämtliche andere Fraktionen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lasse jetzt noch über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Sofortiges Sonderimpfprogramm für junge Menschen" auf der Drucksache 18/15570 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion, sonst niemand. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Freiluftinitiative" auf der Drucksache 18/15571 abstimmen. Zu diesem Antrag ist eine namentliche Abstimmung beantragt worden. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Bitte verwenden Sie hierfür Ihr Abstimmgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist hiermit freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:05 bis 15:08 Uhr)

Drei Minuten sind abgelaufen. Die Abstimmung ist damit beendet und hiermit geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird später bekannt gegeben.

(...)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bevor ich den nächsten Fragesteller aufrufe, darf ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Freiluftinitiative", Drucksache 18/15571 bekannt geben. Mit Ja haben 8 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 83. Es gab 10 Stimmenthaltungen. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.05.2021 zum Tagesordnungspunkt 1: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP; Freiluftinitiative (Drucksache 18/15571)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			X
Aiwanger Hubert		X		Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst			X	Flierl Alexander		X	
Aures Inge			X	Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans			
Bauer Volker				Friedl Patrick		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Fuchs Barbara		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert		X	
Bayerbach Markus							
Becher Johannes				Ganserer Tessa		X	
Becker Barbara				Gehring Thomas			
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gibis Max			
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bozoglu Cemal		X		Gottstein Eva			
Brandl Alfons		X		Graupner Richard			
Brannekämper Robert				Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald			
von Brunn Florian			X	Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus							
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar			X
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang			
Dorow Alex				Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian			
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred				Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias				Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander			
Körber Sebastian			
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			X
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	8	83	10